

IMPERIALISMUS

Militär und Milliardäre
unter Trump

3

RECHTSRUTSCH

Was passiert in der
Türkei?

7

10 JAHR WINTI

Interview mit Perspek-
tiven

9

TIEFZINSPOLITIK

Wie reagieren die No-
tenbanken?

10



Vom Protest zum Widerstand in reaktionären Zeiten

RECHTSRUTSCH Mit der Wahl Trumps scheint sich die ökonomische Krise endgültig in der Politik niedergeschlagen zu haben.

Doch so erschreckend anders die neuen politischen Charaktere auch sein mögen, so banal bekannt drückt sich darin ebenso ein Klasseninteresse der Bourgeoisie aus.

(az) 1968, als die spätere Mitgründerin der RAF Ulrike Meinhof noch Journalistin war, berichtete sie von einem afroamerikanischen Genossen, der eine wichtige Unterscheidung zwischen Protest und Widerstand gemacht habe. «Protest ist», hatte dieser an einer Konferenz gegen den Vietnamkrieg erklärt, «wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht.»

Damals intervenierte Meinhof mit diesem Zitat in die Militanz-Debatte, die fortschrittlichen Kräfte be-

fanden sich in einer Offensive, die die Gesellschaften des kapitalistischen Westens bleibend verändert hat, auch wenn sie nicht in eine Revolution mündete.

Heute ist das anders. Wir stehen einer Offensive der Rechten gegenüber, die globale Ausmasse hat. Doch Protest und Widerstand auseinander zu halten, ist heute aktueller denn je. Denn es heisst, politisch gegen die Bedingungen zu kämpfen, die die Angriffe hervorbringen, gegen die wir uns heute wehren müssen. Protest verurteilt mit Appellen, Widerstand will etwas verändern; Protest belässt es bei Deklarationen, Widerstand ist konkret. Protest sagt «Not my president», Widerstand blockiert die Ölpipelines in North Dakota. Nun braucht auch Widerstand die Bekräftigung durch eine Perspektive. Doch dazu gleich mehr, zuerst muss man den Durchmarsch der Rechten in seinem Ausmass und in seinen verschiedenen Momenten erfassen.

Trumps Amerika

«Amerikkka» mit drei Ks wie Ku-Klux-Klan: Do-

nald Trump als Präsident macht den Alptraum, von dem einst der Rapper Ice Cube rappte, sehr real. Trump hatte seinen Wahlkampf auf Hasstiraden aus Rassismus und Sexismus gebaut. Er hatte zudem mit Versprechen an weisse männliche Arbeiter und Kleinbürger, die er weder einhalten will noch kann, mobilisiert.

Gewählt wurde er aber nicht von diesen ArbeiterInnen. Dass Trumps Wahl ein reaktionäres Aufbäumen der weissen Arbeiterklasse sei, ist ein Mythos. Im «rust belt», den abgewrackten Industrieregionen zwischen den Grossen Seen und der Ostküste, sind viele ArbeiterInnen einfach zuhause geblieben. Trump hatte sie nicht an sich gezogen, Clinton hatte sie abgestossen, und das aus guten Gründen. Dennoch haben jene, die überhaupt gewählt haben, mehrheitlich Clinton angekreuzt.

Fortsetzung auf Seite 6

POLITISCHE GEFANGENE

Politische Projekte verteidigen

In Zürich fanden sich die Mitglieder der Roten Hilfe International (RHI) zur jährlich stattfindenden Arbeitskonferenz ein. Es beteiligten sich Gruppen aus Belgien, Deutschland, Italien, der Türkei / Kurdistan sowie der Schweiz.



Im Zentrum stand die Debatte zur Frage, was der Beitrag der RHI als revolutionäre Kraft sein kann, um die Kluft zwischen der Barbarei der objektiven Situation und der Defensive der linken Kräfte zu schliessen. Während auf der einen Seite die verschärfte Krisen- und Kriegstendenz mit zunehmender reaktionärer Mobilisierung zu beobachten ist, steht auf der Seite der RHI die Suche nach Wegen an, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen.

Ein zentraler Schauplatz dieser Auseinandersetzung ist seit Jahren der revolutionäre Prozess in Rojava. Die RHI unterstützt diesen Prozess mit der gemeinsamen Kampagne „Revolutionäre Solidarität mit Rojava“. Ziel der Kampagne ist es, Geld zu sammeln, blutstillendes Verbandsmaterial damit zu erwerben und dieses den KämpferInnen des IFB (International Freedom Battalion) sowie der YPG/J (Volksverteidigungseinheiten) an die Front zu schicken.

In Europa ist die Auseinandersetzung zwischen Revolution und Konterrevolution von einer anderen objektiven wie subjektiven Situation geprägt. Es gibt eine europaweite Tendenz der Repression gegen die Kämpfe der Massen. Die RHI will die Konfrontationen mit der Klassenjustiz politisch aufgreifen und gegenüber dem bürgerlichen Staat eine klare Bruchlinie ziehen. Es ist ihr Ziel, gegen diese repressiven Angriffe zwischen den Kämpfen der Massen und denjenigen der revolutionären Kräfte eine Verbindung herzustellen, die revolutionären Gefangenen und deren politischen Projekte zu verteidigen und aus der Defensive in die Offensive zu gehen.



Aufbau  **Vertrieb**
An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

BASEL Bläsiring 86 Öffnungszeiten auf Anfrage E-Mail: basel@aufbau.org	ZÜRICH Kanonengasse 35 (im Hinterhaus, Eisentreppe) Samstags von 12 bis 17 Uhr
--	--

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
Öffnungszeiten auf Anfrage
E-Mail: basel@aufbau.org

Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur

Grenzstrasse 38 in Winterthur
winterthur@aufbau.org

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich

Meinrad-Lienertstrasse 15 in Zürich
im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab),
Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich
(gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs),
Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkks),
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak),
Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk)
Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



Kämpferische Demo: Mehr als 400 Frauen* zogen am weltweiten Kampftag gegen Gewalt an Frauen* lautstark durch Zürich.

Editorial

Am 6. Dezember 2016 stand als grosse Schlagzeile im Gratisblatt *20 Minuten*: «Die Demokratie verliert ihre Anhänger». Trump und Brexit müssen dabei als Gradmesser herhalten, dass die Akzeptanz der bürgerliche Demokratie bröckeln soll. Die Globalisierung hat die Widersprüche auf wirtschaftlicher wie politischer Ebene zwischen den Staaten, Staatenbündnissen und Kapitalfraktionen seit langem verschärft und der Existenzdruck auf einen grossen Teil der Weltbevölkerung erhöht. Nun scheint das Fass für die Klassen der Werktätigen, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten langsam zu überlaufen.

Die sinkende Profitrate ermuntert auch die VertreterInnen der internationalen Wirtschaftskapitals dazu, die bürgerlichen Demokratien auszuhebeln. Im Rahmen ihrer regen Tätigkeit für den Abbau von Handelshemmnissen werden die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geführt und die Parlamente der Nationalstaaten oder der EU sollen zum Ergebnis nur noch «ja» oder «nein» sagen können. Schliesslich will man sich die Suppe als global operierende autonome Wirtschaftsimperien nicht durch nationale Parlamente versalzen lassen.

In welche Richtung jedoch zieht es die herrschaftsmüden Leute der unteren Klassen? Der Rechtsrutsch ist in ganz Europa und Amerika zu spüren. Trump ist nicht der einzige, der davon profitiert. Erdogan beispielsweise wütet in der Türkei uneingeschränkt und die EU schaut zu. Dass sich vor einigen Wochen zu einem Fascho-Konzert in der Event- und Tennishalle in Gemeinde Wildhaus-Alt St. Johann 5000 zahlende BesucherInnen aus ganz Europa eingefunden haben, hat viele AntifaschistInnen wachgerüttelt. Das Konzert als solches ist kein Zeichen der allgemeinen Rechtstendenz, doch können die Faschos für frustrierte und resignierte Leute wieder vermehrt zu einem Anziehungspunkt werden.

Angesichts der Tatsache, dass es teilweise gebeutelte proletarische Kräfte sind, welche den reaktionären RattenfängerInnen nachlaufen, eröffnen sich für kommunistische Politik spezielle Chancen. Denn die Hoffnungen dieser Klassensegmente können gesamthaft nur enttäuscht werden. Gelingt es uns, revolutionäre Perspektiven verstärkt zu vermitteln, können wir auch in diesen Sektoren eine glaubwürdige Orientierung bieten.

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

3M: Militärs, Milliardäre und Manager

USA Das Finanzkapital und der militärisch-industrielle Komplex finden schnell Gefallen an Trump. Der Brexit und die Trump-Wahl als Startschuss für ein militärisches EU-Hauptquartier.

(rabs) Nach kurzer Fassungslosigkeit hat sich die bürgerliche Welt schnell wieder erholt und arrangiert sich mit dem zuvor für nicht wählbar erklärten neuen US-Präsidenten Donald Trump. Die Regierung Trump kann für das Finanzkapital und den militärisch-industriellen Komplex durchaus auch eine Chance sein, die Karten neu zu mischen und eine Neuausrichtung des etwas in die Jahre geratenen neoliberalen Kurses zu erwirken. Dafür spricht auch die unerwartet freundliche Reaktion der Börsen auf die Wahl Trumps. Schnee von gestern sind auch die Erklärungsversuche für seinen Wahlerfolg, die erstaunlich klassenanalytisch ausgefallenen sind. Es ist zweifellos nichts Neues an der Erkenntnis, dass die ArbeiterInnenklasse – und zwar nicht nur die weisse – zu den grossen Verliererinnen der neoliberalen Politik gehört. Diese durch keine Partei vertretene und auch von Teilen der revolutionären Linken immer wieder totgesagte Klasse fand sich nun plötzlich wieder im Zentrum der politischen Debatte. Hillary Clinton entpuppte sich als Steigbügelhalterin für Donald Trump, der sich ganz im blocherschen Stil als enfant terrible, als vehementer Gegner des politischen Establishments präsentierte und damit zweifellos Teile der ArbeiterInnenklasse ansprechen konnte.

Die innere Sicherheit wird von den Militärs übernommen

Derzeit lässt sich noch kein klares Bild der politischen Linie der künftigen Regierung Trump zeichnen. Die bis jetzt bekannte Regierungsmannschaft aus Militärs, Managern und Milliardären lässt aber keinen Zweifel an der ultrareaktionären Stossrichtung aufkommen. Zum Chefstrategen der neuen Regierung hat Trump den rechtsradikalen Steve Bannon ernannt. Das Finanzministerium übernimmt der ehemals bei Goldman Sachs und heute als Hedgefonds Manager tätige Steven Mnuchin. Er kommt aus genau dem Sumpf, den Trump in unzähligen Wahlkampfreden auszutrocknen versprach. Das Bildungsministerium wird von der Milliardärin Betsy de Vos übernommen. Die Schwester von Blackwater-Gründer und Irak-Kriegsverbrecher Eric Prince gilt als ultrakonservativ und plant die Privatisierung der Schulen. Mit Scott Pruitt übernimmt ein Vertreter der Energielobby und Leugner des Klimawandels sinnigerweise das Umweltministerium. Der ArbeiterInnenklasse wird sich Andrew Puzder als Arbeitsminister annehmen. Als Chef einer Burgerkette fehlt auch ihm jegliche politische Erfahrung. Aber, und das zählt, er gilt als vehementer Gegner eines Mindestlohnes von 9 Dollar die Stunde, bekämpft alle gewerkschaftlichen Rechte und selbstredend auch die obligatorische Krankenversicherung. Wer sich gegen diese innenpolitischen Aussichten zur Wehr setzt, wird mit einer rauen Gangart konfrontiert. Das Ministerium für innere Sicherheit geht mit John Kelly direkt an die Militärs. Kelly war als 4-Stern-General Leiter des Regionalkommandos Süd und damit auch zuständig für das Gefangenenlager Guantanamo.

Das Gespenst des Isolationismus

Aussenpolitisch steht Trump für einen eher isolationistischen Kurs des US-Imperialismus. Internationale Abkommen wie TTIP oder das Klima-Abkommen



Donald Trump in kriegerischer Pose.

sollen gekündigt werden. Gegenüber China bestätigte Trump seine Wahlkampfdrohungen einer schärferen Konfrontationspolitik mit dem Telefonat mit der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen. Die Politik gegenüber Russland ist noch offen. Trump gilt zwar wegen seiner Geschäftsbeziehungen zu Russland als Freund Putins. Dies könnte die US-Politik gegenüber Russland und der Ukraine beeinflussen. Die bedingungslose Unterstützung des ukrainischen Präsidenten Poroschenko durch den bisherigen Vizepräsidenten Jo Biden würde damit ein unverhofftes Ende finden.

Auch bezüglich Syrien unterstützte Trump bis anhin Russland und die Regierung Assad, da beide den IS bekämpfen und dies im Grunde eine nützliche Sache sei. Auf der anderen Seite gelten der künftige Vizepräsident Mark Pence und der u.a. als Aussenminister gehandelte CIA-Chef Mike Pompeo als Befürworter von militärischen Angriffen gegen die syrische Regierung. Vorsorglicher Weise schlägt der deutsche Thinktank Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik DGAP der Bundesregierung daher vor, die Rolle Europas als militärischer Juniorpartner der USA zu unterstreichen, beispielsweise mit der «Überwachung einer Flugverbotszone in Syrien». Wohl wissend, dass ein solches Ansinnen einer offenen Kriegserklärung an Russland gleichkommt.

Als scharfer Hund gilt auch der designierte Verteidigungsminister James Mattis. Unter Präsident Obama war er bis 2013 Oberbefehlshaber des US-Zentralkommandos und gilt wie Trump selber als vehementer Gegner des Atomabkommens mit dem Iran. Diese ablehnende Haltung wird von vielen RepublikanerInnen geteilt. Präsident Obama hat dieses Abkommen genau deswegen unter Umgehung des Parlaments als Regierungsabkommen durchgeboxt. Für Trump ist es daher ohne weiteres möglich, diesen Vertrag aufzulösen. Auch in dieser Frage biedert sich die DGAP der künftigen Regierung Trump mit dem Vorschlag an, «eine härtere Herangehensweise im Abkommen zu verfolgen, doch ohne es infrage zu stellen». Das Abkommen ist bei den GegnerInnen von Präsident Rohani im Iran keineswegs unumstritten. Die vom DGAP vorgeschla-

genen zusätzlichen Kontrollen würden also mit Sicherheit zu einer Aufkündigung des Abkommens durch den Iran führen und die deutsche Regierung könnte ihre Hände einmal mehr in Unschuld waschen. Ob ein solches Vorgehen auch von der deutschen Industrie gebilligt würde, steht auf einem anderen Blatt geschrieben.

Europa – Juniorpartner oder eigenständige Militärmacht

Seine wahlkämpferische Drohung eines NATO-Austrittes der USA hat Trump längst revidiert. Die Forderung der USA nach einer verstärkten militärischen Schlagkraft Europas wird zwar mit der Wahl Trumps verstärkt, neu ist sie jedoch nicht. Auch die damalige Aussenministerin Hillary Clinton sah in ihrem Konzept des pazifischen Jahrhunderts eine Hinwendung der ökonomisch-militärischen Interessen der USA zum asiatischen Raum. Die Konfrontation mit der Volksrepublik China erfordert aus amerikanischer Sicht eine Verlagerung der militärischen Anstrengungen und Kräfte in diesen Raum. Die militärische Aufrüstung der EU dient der USA, egal unter welcher Führung, also in erster Linie als Rückendeckung für die Durchsetzung der eigenen imperialistischen Ansprüche im pazifischen Raum. Umgekehrt geht es Deutschland und Frankreich in erster Linie darum, auch im militärischen Bereich mehr Eigenständigkeit zu erlangen. Mit dem Brexit tritt der grösste Gegner einer von der NATO unabhängigen militärischen Struktur der EU aus. Deutschland und Frankreich wittern Morgenluft für eine eigenständige Militärpolitik und seit dem Brexit-Entscheid jagt förmlich ein Gipfel den anderen. Am 14. November beschlossen die EU-VerteidigungsministerInnen die Einrichtung eines EU-Hauptquartiers, noch en miniature, aber immerhin. Eigenständigkeit bezieht sich auch auf die Frage der atomaren Schutzschilder und Erstschnitzwaffen. Mit dem Brexit verlässt die stärkste Atomkraft die EU und Frankreich rückt zur militärisch führenden Macht auf. Bereits heute mehren sich in Deutschland die Stimmen für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Die nach dem zweiten Weltkrieg als reine Verteidigungsarmee konzipierte Bundeswehr würde sich damit ihrer letzten Fessel entledigen.

GLOSSE

Rhetorische Perlen aus St. Gallen

(az) Wir geben zu: Der Polizei zu unterstellen, sie seien auf dem rechten Auge blind, gehört zum guten Ton antifaschistischer Arbeit. Bezüglich der Kantonspolizei St. Gallen wollen wir dennoch ergänzen: Möglicherweise sind sie auf beiden Augen blind. Als am 15. Oktober tausende Neonazis für ein Konzert nach Unterwasser pilgern, gibt man sich in St. Gallen erst einmal unwissend. Zur politischen Gesinnung der Konzertbesucher konnte man vorerst nichts sagen. So sei es «akustisch schwierig» gewesen, die Liedtexte zu verstehen. Und wer will schon einen Raum voller Neonazis betreten? Ganz untätig blieb die Polizei in Unterwasser dann aber doch nicht. «Wir haben vor allem auf den Verkehr geachtet», lässt man stolz ausrichten.

Nicht dass es besonders schwer festzustellen wäre, welcher Gesinnung Menschen in einem Raum voller Hitlergrüsse und Nazirock nahefeiern. Da wir uns aber selten an solchen Anlässen bewegen, wollen wir auch keine falschen Vorwürfe erheben. Immerhin hatten auch an-

dere Zeugen mit Sehschwierigkeiten zu kämpfen: Ein «friedlicher Anlass» mit ganz wenigen «problematische Typen» sei es gewesen, weiss beispielsweise der lokale Vermieter am nächsten Tag zu berichten. «Mustergültig organisiert», pflichtet dem auch die Polizei bei. Und Sven Bradke, Parteivorstand der FDP St. Gallen, sieht von der Ferne gar positives am Nazikonzert: «Es gab ja sogar noch Tourismuseinnahmen.» Ja, wer will da der Polizei noch einen Vorwurf machen?

Welch unverhofftes Glück, dass der Kanton St. Gallen eine Woche später dann die Chance erhielt, sich zu verbessern. Die PNOs organisierte in Kaltbrunn einen lokalen Parteitag, inklusive Nazisänger und Redner aus Deutschland. Schnell hatte man gegen die beiden Gäste ein Einreiseverbot erwirkt. Doch die beiden Personen tauchten trotzdem am Parteitag auf. Was kann man da nur tun? Am besten gar nichts, dachte sich zumindest die St. Galler Kantonspolizei. „Wir konnten doch die geschlossene Veranstaltung nicht stürmen, nur weil dort ein paar rassistische Lieder gesungen wurden“, erklärt der Polizei-Mediensprecher diese Strategie im Nachhinein. Dabei ist er tunlichst bemüht zu betonen, dass die Polizei rechtsextremes Gedankengut nicht dulden wolle. Wer

käme schon auf eine solche Unterstellung, nachdem die Polizei wenige Stunden zuvor noch eine antifaschistische Demo einkesselte und später freundlich bei der PNOs anklopfte, um nachzufragen, wann der Sänger und der Gast denn bereit seien, ihre Einreiseperrre anzutreten?

Vielleicht täuscht der erste Eindruck auch und in St. Gallen entspricht man doch dem Schweizer Durchschnitt. Zumindest im Umgang mit Linken ist man aber sichtbar bemüht, Zürich, Bern oder andere Städte zu überholen. Hierfür hilft auch gerne die Staatsanwaltschaft. So hatte sich anfangs November der Anmelder der «Smash-Little-WEF»-Demo vor Gericht zu verantworten, weil «Plakate auf dem gesamten Stadtgebiet widerrechtlich festgebracht» worden seien. «Mehr als 40» sind es gemäss Stadtpolizei gewesen und das darf natürlich so nicht sein! Diese Anklage war dann aber selbst dem Gericht zu blöd und es gab einen Freispruch aus.

Aufgrund solcher Erfahrungen meinen einige, dass man sich im Kampf für eine bessere Welt nicht auf die Kräfte des Staates verlassen darf. Andere wiederum hoffen, dass in St. Gallen hoffentlich auch niemand auf diese Idee kommen wird.

Mitreden, um nicht zu protestieren

ZÜRICH Bei einigen neuen Stadtentwicklungsprojekten in Zürich wird Mitwirkung plötzlich grossgeschrieben. Damit soll Kritik und Protest wie bei der Europaallee im vornherein verhindert werden.

(az) «Wir wollen keine Luxuswohnungen» sagt Corine Mauch, die Zürcher Stadtpräsidentin in die TV-Kameras. Die Projektpräsentation der drei freiwerdenden SBB-Areale entlang des Gleisfelds in Zürich am 23. November ist eine PR-Show. Die Stichwörter sind gut eingeübt: Wohnungen, gemeinnützig, zukunftsstrahlig, Einbezug, produzierendes Gewerbe und Digitalisierung. BeobachterInnen der Stadt- und Wohnungspolitik in Zürich reiben sich die Augen: Ist das die gleiche Stadt Zürich, die auch die Baubewilligung für die Europaallee erteilt hat, die Zürich West und den Kreis 4 umgekrempt hat? Die Stadt Zürich, die sich gerne als machtlos gegenüber Vertriebsprozessen darstellt, doch in der Planung von Grossprojekten alles tut, um InvestorInnen zufriedenzustellen? Diese Stadt und die SBB rufen die EinwohnerInnen nun dazu auf, sich an der Planung einer Wohnüberbauung an der Neugasse zu beteiligen?

Protestpotenzial einer neuen Europaallee

Eine Fläche fast doppelt so gross wie die Europaallee wird zur Überbauung freigegeben. Das weckt Begehrlichkeiten und hat Potenzial, der Protestbewegung in der Stadt Zürich neuen Aufwind zu geben. Das wusste auch die Stadt Zürich, als die SBB mit den Projektideen auf sie zukam. Ein Ringen sei es mit der SBB gewesen, so Mauch. Die Interessen der SBB sind tatsächlich ziemlich offensichtlich. Die Immobilien der SBB sollen den Unterhalt der Infrastruktur und die Pensionskasse der SBB quersubventionieren, also möglichst viel Gewinn abwerfen. Projekte wie die Europaallee, der Andreas- und Franklinterm in Oerlikon oder Westlink in Altstetten stehen für diese Interessen. Sie sind Symbole für verschwiegene Planung, Luxuswohnungen und ausgestorbenen, kontrollierten und privatisierten Raum. Um weitere solche Projekte verwirklichen zu können, sind deeskalierende Botschaften und Strategien gefragt.

Von Partizipation zur strategischen Einbindung

Partizipation ist schon länger ein Zauberwort der Stadtentwicklung in Zürich und suggeriert soziale Verträglichkeit und Einvernehmlichkeit. Seit einigen Jahren werden vermehrt Grünräume oder Zwischennutzungen unter Einbezug der Bevölkerung gestaltet,



Ein Teil der laufenden Projekte.

um möglichst viel Gebrauchswert zu garantieren. Die Beteiligung findet in der Regel in einem klar definierten Rahmen statt und zu einem Zeitpunkt, an dem zentrale Entscheide bereits getroffen sind. Partizipation setzt also höchstens bei den Symptomen an, zerlegt systemische Probleme erst noch quartierspezifisch und überlässt die Bestimmungsmacht in den seltensten Fällen den EinwohnerInnen. Mitgestalten heisst in Zürich meist, mit gut gebildeten Personen an Workshops über den Standort von Spielplätzen, Parkbänken, Beleuchtung oder die Gestaltung von Zwischennutzungen zu diskutieren, um dann Entscheide und die Umsetzung wiederum der jeweiligen Projektleitung zu überlassen.

Einbezug hat auch einen entschärfenden Zweck, z.B. bei Grossprojekten. Damit können formierte Protestbewegungen eingebunden und entpolitisiert werden oder es wird bereits von Anfang an mit Mitwirkungsformen geplant, um bei (politischer) Kritik darauf verweisen zu können und diese in eine technische Diskussion zu verwickeln. Aufgrund der eindeutigen Unterordnung unter den Zweck der Entschärfung von Protest und Widerstand, wird dabei meist von strategischer Einbindung gesprochen. Ein prominentes Beispiel für strategische Einbindung ist das Grossprojekt „Stuttgart 21“, gegen das sich eine breite Bewegung formierte, die von Seiten der Behörden mit einer Schlichtung gebrochen werden konnte.

Gesprächsrunden und Workshops sind kein Zeichen von mehr Demokratie oder einer konstruktiven, „zivilisierten“ Auseinandersetzung, sondern werden mit dem gesteckten Rahmen im vornherein verzweckt und so zur Einbindung eingesetzt.

Mitwirkung für die Schlagzeile

Auch beim eingangs erwähnten Projekt der SBB gibt es einen Rahmen, der die Verzweckung belegt: Von der Gesamtfläche wird nur das kleinste Grundstück an der Neugasse partizipativ geplant und zum Teil für dringend benötigte Wohnungen reserviert. Doch auch im zur Mitwirkung beworbenen Projekt Neugasse sind zentrale Eckwerte schon definiert (siehe Artikel unten). Der Gestaltungsspielraum unter grossen Mitwirkungsbegriffen (Wohnen, Arbeiten, Nachbarschaft etc.) beschränkt sich lediglich auf die Gestaltung der Wohnungen, Parkplätze und Grünflächen. In diesen Themenfeldern geht es um die Erhebung von Informationen und Meinungen, die keinen bindenden Charakter haben.

Wenn also das „Ringen“ der Stadt mit der SBB lediglich verzweckte Einbindung hervorbringt, auf die medial und bei Kritik verwiesen werden kann, dann zeigt sich wie bedeutungslos und strategisch kalkuliert dieser Einbezug ist. Und wie gross die Angst vor Protest gegen neue Grossprojekte der SBB sein muss.

SBB-Flächen für die Aufwertung

AUFWERTUNG Die SBB sind Akteure in städtischen Aufwertungsprozessen. Ihre neuesten Zürcher Projekte haben riesige Dimensionen.

(agj) Rund 2 Milliarden Franken wird die SBB gemeinsam mit ihren Partnern in die Umnutzung der drei freiwerdenden Areale investieren. Es soll Raum für Wohnen, Gewerbe und Logistik geschaffen werden. Für die drei Areale haben die Bundesbahnen sich angesagte Namen ausgesucht: Neugasse, Hardfeld und Werkstadt. Das tönt derart lässig, dass man gar nicht anders kann, als sich die Projekte genauer anzuschauen.

Projekt 1: Neugasse

Die Projekte werden zeitlich gestaffelt angegangen, wobei jede Arealumnutzung einer Etappe entspricht. Losgelegt wird mit der Neugasse. Darauf ist eine Wohnüberbauung geplant, wobei das Gewerbe nicht fehlen darf. Rund 25 Prozent des Areals ist hierfür reserviert. Von den geplanten Wohnungen sollen ein Drittel Genossenschaftswohnungen werden, der Rest nicht. Angesichts der Wohnungspolitik auf dem nahe gelegenen sehr prominenten Areal der SBB-Immobilien, der Europaallee, darf hier nicht unbedingt sozialer Wohnungsbau erwartet werden. Ähnlich wie bei der SBB-Überbauung an der Zollstrasse werden die Genossenschaftswohnungen als Feigenblatt verwendet, um die Aufwertungsrolle der SBB zu kaschieren (siehe Artikel oben).

Der zweite Streich: Werkstadt

Weiter geht es mit dem Projekt Werkstadt. Die Namensgebung besteht aus einem feinen Wortspiel. Wo jetzt noch die SBB-Werkstätten stehen, wird Werkstadt, eine kleine Stadt, in der gearbeitet wird, gebaut.

Dies ist der SBB wichtig: wo vorher gearbeitet wurde, soll auch künftig gearbeitet werden. Ihre Vision ist ein «Zentrum für urbane Produktion». Sie stellen sich das so vor, dass Kleingewerbe, Gastronomiebetriebe, Start-ups und Firmen aus der Kreativwirtschaft einziehen sollen. Wer sich mit städtischen Aufwertungsprozessen auskennt, erahnt sogleich die Strategie dahinter. Dieser Firmenmix ist ein vielversprechender Indikator für eine weitgehende Aufwertung der Gegend rund um die ehemaligen Werkstätten. Eine Aufwertung des Quartiers, die wohlgerne schon länger im Gange ist, die aber mit diesen Projekten nochmals eine ganz andere Qualität annehmen wird.

Unter den Partnern der SBB, die sich euphemistisch «Akteure der Transformation» nennen, gibt es bekannte Figuren aus der Gentrifizierungsszene. Ein Partner sind die KCAP Architects & Planners, die auf Stadtplanung im grossen Stil spezialisiert sind. Sie rühmen sich mit Projekten in aller Welt, von China über Holland, bis zur Hafencity, dem wohl grössten Aufwertungsprojekt in Hamburg. Sie sind auch in Zürich keine Unbekannten, sondern mitverantwortlich für den Bau der Europaallee.

Die weiteren Partner kommen provinzieller daher. Dazu gehören die denkstatt sàrl, die sich auf Zwischennutzungen aller Art spezialisiert hat, oder die Landschaftsarchitekten von Studio Vulkan, «die Freiraumplanung in städtischen Transformationsprozessen als Moderation von Widersprüchen» begreifen. Sie haben ihre Position in den genannten Widersprüchen klargemacht, indem sie unter anderem den öffentlichen Raum rund um die Europaallee oder beim Prime Tower mit zu verantworten haben.

Der (vorläufige) Abschluss: Hardfeld

Die letzte Etappe ist das Hardfeld. Heute gibt es

dort eine Müllentsorgungsstelle und einen Muldenservice. Hier soll ab 2030 eine «urbane Mischnutzung mit güterlogistischer Grundversorgung für die Stadt» entstehen, wobei zur Mischung wiederum kreatives Handwerk und innovative Forschung und Arbeit gehört. Dieses Projekt ist aktuell am wenigsten fassbar, es wird in den kommenden Jahren erst konkretisiert werden.

Klar ist schon heute, dass das Prinzip der smart city zu all dem Gerede von Innovation auf den Umnutzungsarealen dazugehört. Die SBB-Projekte sind auch ein Labor, um auszuprobieren. Das Konzept ist diffus, aber entspricht von der Logik her demselben, wie bei der Industrie 4.0. Es geht darum, die Digitalisierung der Gesellschaft auszunutzen, Objekte miteinander zu vernetzen und Prozesse zu rationalisieren und automatisieren. Zum Beispiel mit intelligenten Strassenlaternen, die nur dann aufleuchten, wenn ein Auto in der Nähe ist.

Es ist mehr als passend, dass die Stadt Zürich kurz vor der öffentlichen Ankündigung der SBB-Projekte mitteilte, dass sie offiziell smart-city-Strategien entwickeln will und dazu einen Projektleiter ernannte. Dieses Konzept ist die Schnittstelle zwischen Digitalisierungs- und Aufwertungsprozessen. Damit die SBB-Immobilien mit ihren Liegenschaften langfristig Profit machen können, stellen sie sich auf die Forderungen aus Politik und Wirtschaft ein. Hochkarätig besetzte Initiativen wie digitalswitzerland 2025 geben dabei den Takt vor. Wenn die Aufwertungsprozesse oft widersprüchlich und komplex sind, so bleibt die Essenz dieselbe. Die Projekte der SBB zeigen einmal mehr, dass die Stadtaufwertung von oben eben keine Stadtaufwertung für alle ist.



Im Bild

Paris im Sommer 1944: Tausende, vor allem junge Linke kämpfen hinter den Barrikaden gegen die faschistischen deutschen Besatzer. Seit Mitte August fanden in der ganzen Stadt organisierte Streiks statt, die am 18. August, nach Mobilmachung der Résistance, in einen Generalstreik mündeten. Spätestens am nächsten Morgen wütete ein offener Aufstand in den Strassen von Paris. Trotz unzureichender Bewaffnung gelang es den Résistance-KämpferInnen schnell, wichtige öffentliche Gebäude wie Redaktionen, Ministerien und Polizeistationen zu besetzen. Am 25. August kapitulierte der deutsche Stadtkommandant unter dem Druck der WiderstandskämpferInnen.

Der Fotograf Robert Doisneau, dem diese Momentaufnahme gelang, galt als offizieller Fotoreporter im französischen Widerstand und kämpfte selber als Teil der Résistance. Während des Krieges brachte er seine technischen Fähigkeiten beim Fälschen von Dokumenten und Pässen für KämpferInnen im Untergrund ein. Doisneau starb am 1. April 1994 in Montrouge, Paris und hinterliess über 450'000 Negative.

Renitente RentnerInnen

STADTAUFWERTUNG Totalanierungen, Neubauten, Nutzung von Brachen, Umgestaltung von öffentlichen Plätzen, günstige Bedingungen für den Pharmagiganten Novartis: Der Aufwertungsprozess ist im Basler St. Johannis-Quartier in vollem Gange. Doch einige RentnerInnen sagen der Verdrängung den Kampf an.

(rabs) Die 22 Mietparteien des Gebäudes an der Mülhauserstrasse 26 wurden im Sommer zu einem Gespräch mit der Verwalterin, der Immobilien Basel-Stadt (Immobas), eingeladen. Es geht um wichtige Informationen. In der Tat: Den BewohnerInnen wurde kurzum mitgeteilt, dass sie ein Jahr Zeit hätten, ihre Sachen zu packen. Ein Schock für die MieterInnen, die fast alle in einem hohen Alter sind und zum Teil seit über vierzig Jahren in dem Haus leben. Sie sind grösstenteils ehemalige Staatsangestellte und verfügen nur über eine kleine Rente. Nach der Sanierung werden die Wohnungen für sie alle unerschwinglich sein, denn der Preis wird sich verdoppeln bis verdreifachen. Dabei sind das Gebäude und die Wohnungen nach wie vor gut in Schuss, eine sanfte Sanierung wäre ohne weiteres möglich. Doch daran hat die Besitzerin, die Pensionskasse Basel-Stadt, kein Interesse, denn sie ist auf Rendite aus. Für die BewohnerInnen ist es besonders bitter, dass sie ausgerechnet von der Institution auf die Strasse gestellt werden, der sie ein Leben lang Abgaben zahlten, um im Alter Lebensqualität zu haben.

Der Schatten des Riesen

Der Wohnblock an der Mülhauserstrasse 26 ist nur fünf Gehminuten vom Rheinufer entfernt. In der gleichen Distanz liegt auch die High-End-Bürostadt namens Novartis-Campus. Diese erstreckt sich über eine Fläche von 28 Fussballfeldern, ist von Arbeitspsychologen und Stararchitekten entworfen, durch Zäune und hunderte Kameras abgeschirmt und wirft einen langen Schatten ins Quartier hinein. Hier beherbergt Novartis seine Kader. Während die Produktion ins Ausland verlagert wurde, sind hier die sogenannten «Wissensarbeiter» beschäftigt. Damit kam eine neue Einkommensschicht ins Quartier. Der Bau des Campus wurde von stadtplanerischen Projekten der regierenden Sozialdemokratie flankiert: Umfahrungsstrassen, Autobahnanschluss, grosse, moderne Wohnüberbauungen. Das alles schafft aus der Perspektive der Pensionskasse (und zahlreicher anderer AnwohnerInnen) das richtige Umfeld, um zu investieren und den Mietzins hochzuschrauben.

Entschlossen zu bleiben

Doch so leicht wollen die RentnerInnen der Müli 26 nicht Platz machen, sie haben hier Wurzeln geschlagen und verharren trotz Vermittlungsversuche der Immobas auf dem Standpunkt «Wir bleiben drin». Gleich hinter ihrem Haus liegt die lange Zeit hart umkämpfte Wasserstrasse. Diese Häuser konnten verteidigt werden und sind seit einem Jahr als Genossenschaft selbstverwaltet. Das war ein ermutigender Erfolg, der



Solidaritätsaktion für die Mülhauserstrasse 26 in Basel.

aber gleichzeitig zu einer Befriedung der Kämpfe im Quartier führte, da der Konflikt um die Wasserstrasse zu einem Brennpunkte geworden war. Nun erhalten die rebellischen RenterInnen aber Unterstützung aus der Nachbarschaft. Gemeinsam wurden Transpis gemalt, Briefe im Quartier verteilt, ein Kaffee- und Kuchen-Nachmittag organisiert. Anknüpfungsfähig ist der Konflikt auch deshalb, weil die BewohnerInnen deutlich sagen, dass sie nicht nur um ihre eigenen Wohnungen kämpfen, sondern auch darum, dem Quartier ein Beispiel zu geben und einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, die weit über ihr persönliches Schicksal hinausreicht.

Gegen die Vereinsamung im Alter

Die 91-Jährige Margrit hat Angst vor der Zukunft. Im Haus sei eine Gemeinschaft gewachsen: Regelmässig schauen die BewohnerInnen beieinander vorbei, helfen sich gegenseitig, feiern gemeinsam an Festtagen. Nun ist bereits rund die Hälfte ausgezogen oder hat einen anderen Mietvertrag unterschrieben. Das hat einen Keil in die Hausgemeinschaft getrieben,

den die Immobas weiter zu vertiefen versucht. Seit die kleine Revolte der Müli 26 angelaufen ist, haben VertreterInnen der Immobas die Bemühungen intensiviert, andere Wohnungen für die Verbliebenen zu finden. Margrit haben sie einen Platz im Altersheim vorgeschlagen. Doch genau das will sie nicht. Denn der Protest ihres Hauses sei ja auch einer gegen die Vereinsamung im Alter.

Verdrängungsprozesse verlaufen über weite Strecken geräuschlos. Über die Jahre hinweg verschwindet der günstige Wohnraum und macht Einfamilienhäusern und schicken Apartments Platz, machen Lounges auf, wo zuvor Kneipen dicht gemacht haben, werden die letzten Überreste der ehemaligen Industrie abgerissen, um Prestigebauten hochzuziehen. Konflikte wie jener um die Müli 26 zeigen, dass solidarische Strukturen in der Nachbarschaft viel Öffentlichkeit bewirken können. Wenn sich die einzelnen Verteidigungskämpfe im Quartier und in der Stadt besser verbinden, entsteht in Basel vielleicht bald wieder eine neue Dynamik im Bereich der Kämpfe gegen Gentrifizierung.

Fortsetzung auf Seite 1

Die ArbeiterInnenklasse und das Subproletariat in den USA sind durch den Rassismus gespalten, und die Stimmen der Schwarzen erhielt der bekennende Rassist nicht, wohl aber die Stimmen eines Teils von aufstiegsorientierten, aber sich bedroht wählenden Latino-Familien. Nach allem, was man heute einschätzen kann (was schwierig bleibt), waren es vom Abstieg bedrohte, weisse, männliche Kleinbürger, die den Ausschlag gaben. Klarer sind die Verhältnisse in den höheren und höchsten Einkommensklassen – sie haben mehrheitlich für den Steuersenker und De-Regulierer gestimmt, der ja schlicht der Vertreter der Republikanischen Partei ist. «ProtestwählerInnen» sind das nicht. So liegt ein Teil des Schreckens auch in der Banalität: Auf acht Jahre Demokraten folgt ein Republikaner. So läuft die Mechanik in der Diktatur des Bürgertums namens «parlamentarische Demokratie». Schliesslich ist der Milliardär Trump alles andere als ein Aussenseiter. Doch seine Methoden und seine Stabs-Berufungen machen ihn zu einem brandgefährlichen Fall bürgerlicher Herrschaft. Die Börsen feierten den Sieg Trumps, die Aktien der Waffenproduzenten und der privaten Gefängnisbetreiber rasten in die Höhe.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

England nach dem Brexit: Hier kam die Behauptung von den reaktionär wählenden «Globalisierungsverlierern» zum ersten Mal auf. Aber in England waren mindestens so sehr Teile des Kapitals für einen Ausstieg aus der EU. Ideologische Kapitalvertreter wie die Financial Times waren zwar schockiert über das Resultat, doch das Gesicht von Brexit ist Boris Johnson, der Mann des Finanzplatzes London. Die Londoner City lotet verschiedene Möglichkeiten aus – London quasi als eine zweite Schweiz, ein Platz mit Sonderrechten für die globalen Kapitalien, ohne Interesse am Massengeschäft mit der EU.

Brexit war nicht nur ein Betriebsunfall fürs Kapital, Trump nicht einfach die Rache der wirtschaftlich Abgehängten und auch andernorts sind Interessenlagen und politische Machtstellungen anders verknüpft, als dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Nicht zuletzt deswegen, weil das Kapital bei weitem keine einheitliche Position darüber besitzt, wie eine Interessenslage in einer bestimmten historischen Situation durchgesetzt werden kann. Gemeinsam ist allen, dass die herrschende Klasse aufgrund der ökonomischen Krise in Verteilungskämpfen verstrickt ist und in gegenseitiger Ablehnung um politische wie ökonomische Lösungen ringt. Auch lässt sich feststellen, dass dort, wo Staaten infolge neuer Rechtsregierungen umgebaut werden, dies mit Sozialabbau und einer versuchten Schwächung der ArbeiterInnenklasse einhergeht. Eine drohende politische Instabilität mag Investitionen zwar hemmen, doch werden gleichzeitig die Rahmenbedingungen für das Kapital verbessert. Vielleicht kann sich das Kapital nicht deswegen so schnell mit den neuen Situationen anfreunden, weil es besonders anpassungsfähig wäre, sondern schlicht, weil es mitunter davon profitiert.

Eine weltweite Welle – an Populismus?

Trotzdem: die reaktionären Mobilisierungen greifen vor allem bei denen, die wirtschaftlich bedroht sind und sich gesellschaftlich nicht vertreten sehen – bei KleinbürgerInnen und bei Teilen des Proletariats –, auch wenn die Reaktionären keine Politik ihrer Interessen betreiben. Klar ist, dass die letzten Monate mehr Entsolidarisierung, mehr Spaltung und Hass innerhalb der Klasse, mehr sexistische Attacken und mehr Angriffe gegen MigrantInnen gebracht haben. Das sind zuerst mal politische Verwüstungen innerhalb der Klasse.

Vielfach wird gesagt, die Erfolge der Rechten seien ihrem Populismus zuzuschreiben. Meist bleibt unklar, was damit gemeint ist, sofern nicht schlicht verächtlich die Unterklassen und die Massen an sich als «populistisch eingestellt» betitelt werden. Vielleicht könnte man PopulistInnen so definieren, dass sie ein «Volk», von dem sie behaupten, dass nur sie es vertreten könnten, gegen die «Eliten» hochhalten. Das ist ein rhetorischer Kunstgriff, der von Trump über Le Pen bis zur SVP angewendet wird. Aber es ist eine sehr schwache Definition, die eigentlich nichts erklärt, ausser dem wichtigen Punkt, dass sie auf eine Krise der politischen Vertretung und eine Krise im Einverständnis mit dem politischen System hinweist. Leute sehen, dass die Herrschenden nicht nur nichts für sie tun, sondern dass sie ihnen auch schlicht egal sind. Und zum andern, dass diese Leute davon genug haben. Wem ständig gesagt wurde, es gebe keine Alternative zum angeblichen Naturgesetz des Marktes, reagiert mit destruktiver Opposition innerhalb des Bestehenden – «leck mich!», man stimmt gegen die Belehrungen von oben.

Dieses Motiv mag in unterschiedlichen Fällen unterschiedlich wichtig sein, entgegenen kann dem letztlich aber nur eine Perspektive, die über das Bestehende hinausreicht. Denn klar ist, dass Clinton gegen Trump



Proteste in Oakland nach der Wahl Trumps: Hoffentlich wächst daraus demnächst Widerstand.

keine Alternative war. Ebenso wenig wie ein nationalistischer Schraubstock, der die Arbeitskräfte im Griff hat, gegen die Zwänge in der Konkurrenz des Weltmarkts eine Alternative ist. Die so genannten PopulistInnen kommen in der Regel nicht von ausserhalb des bisherigen Parteiensystems und sie sind, so weit abzusehen ist, nicht Ausdruck einer Unregierbarkeit des bürgerlichen Staats. Eher verzichtet die bürgerliche Demokratie im Moment auf ihre kulturelle Bürgerlichkeit. Das ist die Ausweitung der ökonomischen Krise zur politischen Krise: eine Eskalation der kapitalistischen Offensive mit nationalistischer Aggressivität.

Und in der Schweiz?

Die SVP ist Teil der Rechtsentwicklung, doch nimmt sie diese Rolle im Vergleich zu manchen anderen europäischen Ländern schon etwas länger ein. Auch sie verkauft sich als Partei der wirtschaftlich bedrohten Nationalangehörigen, vertritt aber gleichzeitig die Kapital- und Klasseninteressen der Bourgeoisie. In diesem Widerspruch liegt wohl letztlich die Schwierigkeit, die die Analyse der gegenwärtigen politischen Entwicklung mit sich bringt. Denn der bürgerliche Klassencharakter einer Partei offenbart sich nicht einfach in einem zahlenmässigen Abbild – dann wären die Parteien der Bourgeoisie bedeutungslos – sondern in der Fähigkeit, VertreterInnen anderer Klassen an sich zu binden und so Teil eines Kampfes um politische wie ideologische Hegemonie zu werden. Eingebunden werden andere Klassen durch ideologische wie ökonomische Zugeständnisse. Besonders anschaulich zeigt sich dieses Prinzip, wenn die SVP trotz Kritik an den Staatsausgaben beständig den Betrag für die BäuerInnen erhöhen will und sich so traditionsbedingt die Stimmen dieser Klasse erkaufte.

Dieses Spiel ist wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Herrschaftspolitik. So zeichnet sich die politische Macht der Bourgeoisie nicht dadurch aus, dass sie Befehle erteilen würde. Parteien suchen nach Strategien und entwickeln daraus Taktiken, um ihre Interessen umsetzen zu können. Daraus nimmt schliesslich ein in sich widersprüchliches Interessensgemenge konkrete Gestalt an.

Bezüglich SVP bedeutet dies beispielsweise die Forderung nach Sozialabbau und restriktiver Migrationspolitik bei aussenpolitischer Offensive gegen die EU. Dass sich darin eine Kapitalfraktion rund um StadlerRail Chef Peter Spuhler wohl fühlt, der zugleich auf Swissness wie liberale Wirtschaftspolitik setzt, scheint naheliegend, ist aber dennoch keine Selbstverständlichkeit. Teile des Bürgertums setzen auf bestimmte Strategien, andere grenzen sich davon ab, alle sind sie jeweils davon überzeugt, das Beste für sich und ihre Klasse rauszuholen. Die Bourgeoisie lebt davon, sich in gegenseitiger Konkurrenz zu behaupten. Wer aber zu welchem Zeitpunkt welchen Weg einschlagen wird, ist ebenso wenig voraussehbar wie einzig ökonomisch determiniert.

Insbesondere in Zeiten ökonomischer Krisen sind solche Interessenlagen überaus instabil. Nicht zuletzt bei der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative ist wieder sichtbar geworden, wie die SVP auch parteiintern alles andere als widerspruchsfrei funktioniert. Denn zwischen einem „Commitment zum Zuger Rohstoffhandelsplatz“, wie die Zuger Sektion der SVP exemplarisch für die wirtschaftspolitische

Haltung schreibt, und dem Poltern gegen die Elite und die Oben, kann nur temporär eine stabile Einheit entstehen. Während Nationalismus für gute Wahlergebnisse wichtig ist, will man sich betreffend Kapital nicht auf die Interessen einer nationalen Bourgeoisie beschränken – ein Widerspruch, der immer wieder Spannungen hervorbringen wird. Auch vertritt die SVP nicht das gesamte Klasseninteresse der Bourgeoisie, dafür äusserst erfolgreich: Die SVP ist in den letzten 20 Jahren auf der politischen Bühne zur wichtigen bürgerlichen Kraft geworden. Sie kanalisiert die reaktionären kleinbürgerlichen Klasseninteressen und ist in der Lage, die Agenda der anderen bürgerlichen Parteien teilweise zu bestimmen.

Eine Perspektive bieten

Dies führt zurück zur Unterscheidung von Protest und Widerstand. Denn auch gegen die Politik der SVP kann man sich enervieren, sich in Abstimmungskämpfe stürzen und auf das kleinere Übel hoffen. Doch all das wird dieses System, dessen einwandfreies Funktionieren der SVP genauso wie anderen Kräften des Bürgertums so am Herzen liegt, nicht überwinden. Deshalb gilt es Formen zu entwickeln, um aus dem Protest Widerstand und aus dem Widerstand eine revolutionäre Perspektive entstehen zu lassen. Wie die anhaltenden Kämpfe in den USA zeigen, gehören dabei Solidarität und organisierter Selbstschutz zu realen Möglichkeiten, um in der Defensive handlungsfähig zu bleiben. Doch in manchen Fällen kann auch Angriff die beste Verteidigung sein. Man erinnere sich etwa an den SVP-Aufmarsch 2007 in Bern. Dort konnte nicht nur kollektiv gegen die treibende reaktionäre Kraft vorgegangen werden, auch gelang es, nachhaltig zu vermitteln, wieso militanter Widerstand wichtig und richtig ist: Es war bis zur kommenden Mobilisierung von März 2017 der letzte Versuch der SVP, auf der Strasse Druck aufzubauen.

Rote Welle

LoRa 97.5 MHz

Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats

Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

«Ihr habt die Wahl zwischen mir und dem Chaos»

FASCHISTISCHE TENDENZEN In der Türkei steht neben Krieg und Repression auch eine Verfassungsänderung auf der Tagesordnung. Die soll Erdogan uneingeschränkte Macht verleihen und die viel beschworenen «bürgerlichen Freiheiten» über Bord werfen.

(az) Das reaktionäre Regime unter Erdogan strebt nach weiterem Machtausbau. Täglich sind die Botschaften ähnlich, so zum Beispiel «Entweder ihr seid auf meiner Seite oder auf der Seite der Terroristen» oder aber «Ihr habt die Wahl zwischen mir und dem Chaos». Tatsächlich kann von einer «Wahl» keine Rede sein. Erdogan regiert streng autoritär und verfolgt alle, die es wagen, seinen Machtanspruch in Frage zu stellen.

Nachdem in einer ersten Verfassungsänderung 2010 erfolgreich die Justiz umgekrempelt wurde und die AKP deshalb die RichterInnen frei wählen kann, ist die Repression uneingeschränkt geworden. Erdogan liess sich 2014 wählen und regiert seither per Dekret, was erst durch den Ausnahmezustand «verfassungskonform» geworden ist. Diesbezügliche Kritik konterte er damit, dass die Verfassung sich nach ihm zu richten habe. AKP und MHP befolgen das mit ihrem Plan einer weiteren Verfassungsänderung, die die Verfassung der Realität anpassen soll. Vorgesehen ist ein Präsidialsystem, in welchem der Staatspräsident ohne lästige Behinderung durch das Parlament regieren kann. Wahrscheinlich wird die Wählerschaft im Mai 2017 darüber abstimmen müssen. Bis dahin soll der Ausnahmezustand in Kraft bleiben.

Dieses Vorhaben ist als Schritt hin zum Faschismus zu betrachten. Nicht nur, dass der Plan gemeinsam mit der faschistischen MHP ausgearbeitet worden ist, auch verweist Erdogan öffentlich auf das Nazi-Deutschland der 30er Jahre als positives Beispiel eines gut funktionierenden Präsidialsystems. Das gilt es ernst zu nehmen. Er strebt tatsächlich die Ausschaltung der minimalen, in der bürgerlichen Demokratie gegebenen Mitbestimmung und der bürgerlichen Rechte an.

Der zentrale Machtfaktor: Krieg gegen KurdInnen

Der politische Trumpf, der es Erdogan erlaubt, diesen Schritt zu wagen, ist die Kurden-Frage. Durch den Krieg gegen die KurdInnen eint er genug Kräfte hinter sich, um im Moment jegliche Opposition unterdrücken zu können und eine reale Chance zu haben, zukünftig verfassungskonform per Dekret regieren zu können.

Als Erdogan 2008 Friedensgespräche mit der PKK suchte, war das noch nicht vorgesehen. Damals setzte er auf die parlamentarische Karte und bemühte sich, mit Autonomieangeboten die grosse sunnitische Bevölkerungsgruppe der KurdInnen zu korrumpieren und an die AKP zu binden. Das hätte gereicht, um das absolute Mehr der AKP im Parlament zu garantieren. Ein solches braucht er tatsächlich dringend, nicht nur, um seinen politischen Kurs durchzusetzen, sondern auch um sich und sein Klientel zu schützen. Erdogans parlamentarischer Plan scheiterte jedoch an den KurdInnen. Schon in Umfragen wurde klar, dass sie mehrheitlich HDP wählen würden und die AKP das absolute Mehr verlieren würde. Im April 2015 brach Erdogan die Friedensverhandlungen deshalb ab und erklärte, die Türkei habe kein Kurdenproblem. Er setzte wieder auf Krieg und entschied mutmasslich auch, dass der bürgerlich-demokratische Weg der Machtsicherung zu umständlich sei.

Am 7. Juni 2015 verlor die AKP die Mehrheit im Parlament und sie begann pro forma Koalitionsverhandlungen mit der CHP zu führen. Wie erwartet scheiterten diese, und Erdogan konnte somit auf November Neuwahlen anordnen. Das Massaker in Urfa-Suruç am 20. Juli 2015 (34 junge SozialistInnen fielen einem Selbstmordanschlag zum Opfer, als sie aufbrachen, um in Rojava Aufbauarbeit zu leisten) war der Beginn der offenen Kriegserklärung gegen die KurdInnen und die linke Opposition. Den Mitgliedern der HDP wurde es verunmöglicht, Wahlveranstaltungen durchzuführen. Auf ihre Parteilokale wurden mehrere Anschläge verübt und sie wurden als verlängerter Arm der PKK, als Terroristen, bezeichnet. Bei einem weiteren Selbstmordattentat am 10. Oktober 2015 gegen die linke Opposition, die einen Friedensmarsch organisiert hatte, verloren 102 Personen das



Unter Erdogan direkt ins Gefängnis.

Leben. Erdogan meinte dazu, er habe schon lange vor einem Chaos gewarnt, wenn die AKP nicht alleine regieren könne.

Die neue Elite

Faschismus ist ein System, das von den Herrschenden gewählt wird, wenn die Situation unkontrollierbar wird. In der Geschichte der Türkei übernahm bisher das Militär die Funktion, die Macht zu sichern. Als der linke Widerstand in den 70er Jahren zu stark wurde, putschte es 1980 und hat nach einer Übergangszeit wieder einen «bürgerlich-demokratischen Normalzustand» hergestellt.

Heute ist durch den kurdischen Befreiungskampf wieder eine sozialistische Perspektive gegeben. Dies ist für Erdogan innenpolitisch zwar vorteilhaft, aber halt auch eine reale Bedrohung. Da die AKP das Militär nach wie vor nicht völlig kontrollieren kann, kommt ein Putsch nicht in Frage. Sie strebt deshalb eine politischere, weniger technokratische Lösung an. Unterstützt wird sie dabei von der Bourgeoisie, die sie eigens dafür aufgebaut hat. Seit Machtantritt werden auf klientelistischer Basis Staatsaufträge an AKP-nahe Unternehmer vergeben, hauptsächlich in der Baubranche. Die «Anatolischen-Tiger» (MÜSIAD) sind dadurch stinkreich geworden und investieren ihr Kapital in der Zwischenzeit auch in anderen Branchen, bauen ihre Macht also aus und sind zur Kapitalistenklasse geworden. Die alte wirtschaftliche Machtelite, vertreten durch die Familien Koç und Sabancı (TÜSIAD), gerät indessen immer mehr in Bedrängnis und ist gezwungen, still zu halten. Um sie zu zähmen bedient sich die AKP des Vorwurfs des «Gülenismus», der seit dem gescheiterten Putsch mit dem Begriff Terrorismus gleichgesetzt werden kann. Und das gibt eine Freikarte: Die Regierung kann nach Gutdünken einsperren und/oder enteignen. Repression könnte die Bourgeoisie möglicherweise verkraften. Enteignung ist aber eine Drohung, die sie Schach hält.

Massenbewegung auf der Strasse

Unterstützt wird die AKP aber auch von einer Strassenbewegung, die sie aufbaut und fördert. Erdogan zelebriert sich selber gerne im Rahmen nationalistischer Massenkundgebungen. Eine neue Qualität wurde nach dem gescheiterten Putsch erreicht, als zwei Wochen lang hunderttausende Faschisten islamischer Prägung auf der Strasse wüten durften, was es bisher in der Geschichte der Türkei noch nicht gegeben hatte. Als aktivste Kraft dieser Mobilisierungen vermutet man die «Osmanlı Ocakları», was sich als osmanische Feuerstelle übersetzen lässt. Es handelt sich dabei um einen legalen Verein, der mit der AKP-Jugend verbandelt, aber offiziell davon unabhängig ist. Es ist ein offenes Geheimnis, dass dieser Verein bewaffnet ist und von der AKP finanziert wird. Und bei ihnen handelt es sich eindeutig um Strassenschläger, die als nicht anderes als Faschisten etikettiert werden können. In kurdischen Kreisen geht die nicht unbegründete Befürchtung um, es könnten sich daraus Mörder-Brigaden bilden, die beispielsweise in Vororten Istanbuls aktiv werden könnten.

Es gibt also mehr als genug Hinweise darauf, dass sich die politische Lage in der Türkei auf einer bedenklichen Eskalationsstufe befindet. Umso mehr lohnt es sich, dagegen zu kämpfen und diesen Kampf zu unterstützen.

ANALYSE

Türk-islamische-Synthese

In der Türkei war bis 2003, als die AKP das erste Mal in einem Erdrutschsieg die Wahlen gewann, das Militär der bestimmende Machtfaktor und dieses war stark vom Kemalismus geprägt: Nationalistisch und antikommunistisch, aber nicht religiös. In diesem Punkt hat sich das Land radikal gewandelt, man spricht heute von der Türk-islamischen-Synthese.

Mit der AKP kam das erste Mal eine erklärt religiöse Partei alleine an die Regierung, doch war sie damals sehr zurückhaltend in der Glaubensfrage. Die kurze Episode der Regierungszeit der AKP-Vorgängerpartei Refah Partisi unter Necmettin Erbakan war vom Militär in so kurzer Zeit beendet worden, dass Erdogan daraus lernte. Er achtete sorgsam darauf, die alte Machtelite nicht zu sehr zu provozieren, gab sich demokratisch, tolerant und offen. Vor Gott seien alle gleich, pflegte er zu sagen, deshalb sei er der Mann für alle. Er erklärte sich auch für anti-ideologisch, die Zeiten von rechts und links seien vorbei, jetzt gelte es sich auf die «Werte» zu besinnen - damit waren selbstverständlich schon damals islamische Werte gemeint, aber das ja auch nicht sonderbar. In der Türkei wie in West-Europa besinnt man sich auf religiöse Tradition, wenn «Werte» zur Diskussion stehen. In der Zwischenzeit geht es um weit mehr, mit dem Ausbau der Macht der AKP und dem Beseitigen der Kemalisten aus den Schlüsselpositionen kann Erdogan offen als der sunnitische Führer auftreten, den er schon immer sein wollte.

Es ist nicht so aussergewöhnlich, dass eine neue Partei an der Urne zu überzeugen vermag. Verblüffend ist, dass sich die AKP an der Regierung halten konnte. Hilfreich war dafür die wirtschaftliche Lage. 1999 hatte die Koalitionsregierung von DSP (Sozialdemokraten) und MHP (Partei der Nationalen Bewegung) den damaligen Vize-Präsidenten der Weltbank, Kemal Dervi Oglu zum Finanzminister gemacht, um die tiefe Wirtschaftskrise nach den Regeln des Neoliberalismus zu bewältigen, was sie zunächst natürlich verschärfte. Als die AKP an die Macht kam, fing die Wirtschaft an, sich zu stabilisieren. Drei Fliegen auf einen Schlag: Die parlamentarische Linke hatte sich diskreditiert, Erdogan konnte sich als guter Wirtschaftsführer verkaufen und zudem profitierte er von einer überaus liberalen und privatisierten Wirtschaft.

Weiterer unabdingbarer Faktor, weshalb die AKP die Anfangszeit zu überstehen vermochte, war das Bündnis mit der Gülen-Bewegung. Denn die AKP hatte zwar viele WählerInnen gewonnen, aber keine Leute in den zentralen Apparaten wie dem Militär oder der Justiz. Die personelle Basis der Macht lieferte die Gülen-Bewegung, die seit den 70er Jahren einen ausgeprägten Entrismus pflegte, d.h. die AnhängerInnen dazu bewegte, den Marsch durch die Institutionen zu gehen. Entsprechend war sie bereits in vielen Schlüsselpositionen verankert und konnte die AKP absichern. Dass die Gülen-Bewegung so erfolgreich und finanzstark war, liegt zu einem grossen Teil an der aktiven Unterstützung der USA seit 1968. Damals wurde von den USA befunden, der laizistischen Kemalismus sei zu anfällig für den Kommunismus, also müsse eine islamische Strömung gestärkt werden.

Lange hat die Interessengemeinschaft der AKP-Gülen-Bewegung gut funktioniert. Schliesslich führten die Ambitionen Erdogans, sich als neo-osmanischer Sultan im Nahen Osten zu etablieren, zum offenen Konflikt. Denn Gülen wollte den Nahen Osten durch wirtschaftliche Macht beherrschen. Ausschlaggebend für die aktuellen Säuberungen sind jedoch nicht nur politische Differenzen, sondern vor allem der Machtkampf. Erdogan will einen Staatsapparat aufbauen, der nur auf ihn hört.

Smash WEF

Alle Infos zu kommenden Veranstaltungen und weitere Analysen zu reaktionären Zeiten gibt es auf www.aufbau.org

Repression unter dem Deckmantel «Behindertenschutz»

ABTREIBUNGSRECHT Nach dem massiven Streik gegen die drohende Verschärfung des «Abtreibungsrechts» in Polen greift die konservative Regierungspartei PiS erneut die Rechte der Frauen an: Mit einer Geburtsprämie für behinderte Kinder. Das neue Gesetz dient jedoch nicht dem Schutz der Kinder, sondern illegalisiert Abtreibungen weiter.

(fk) Im September 2016 beriet das polnische Parlament über zwei Initiativen zum Abtreibungsrecht. Die erste, eingereicht und unterschrieben von mehr als 200 000 Polinnen und Polen, forderte eine Fristenlösung – und wurde sofort abgelehnt. Die zweite, ausgeheckt von der fundamentalistisch-christlichen Organisation Ordo Luris und von mehr als 450 000 selbsternannten LebensschützerInnen unterstützt, forderte eine noch stärkere Einschränkung des ohnehin restriktiven Abtreibungsverbots. Als die Proteste dagegen immer lauter wurden und die Bewegung schliesslich in einem Streik am 3. Oktober mit mehr als 100 000 PolInnen mündete, schickte die nationalkonservative Regierungspartei PiS überraschend auch diese Initiative bachab. Die landesweiten Protestaktionen standen unter dem Motto «czarny protest» – «schwarzer Protest», in zahlreichen europäischen Städten fanden Solidaritätskundgebungen statt.

Schwangerschaftsabbruch als Klassenfrage

Das polnische Abtreibungsgesetz ist erst seit 1993 derart restriktiv. Nach dem unter dem damaligen Präsidenten und strenggläubigen Katholiken Lech Wałęsa verabschiedeten Artikel sind Abtreibungen nur in drei Fällen erlaubt: Wenn die Frau zu sterben droht, wenn der Fötus schwer behindert ist oder wenn die Frau vergewaltigt wurde. Das Resultat: Offiziell wurden 2015 nur 1040 Abtreibungen registriert. Die Aktivistinnen von Ciocia Basia gehen jedoch davon aus, dass die Dunkelziffer bei rund 150 000 Abtreibungen pro Jahr liegt.

Viele Frauen, die es sich leisten können, reisen für einen Schwangerschaftsabbruch ins nahegelegene Ausland. In Deutschland beispielweise kostet eine medikamentöse Abtreibung rund 300 Euro, eine operative etwa 450 Euro. Wer es sich nicht leisten kann, ist auf eine illegale Abtreibung angewiesen. Das kann für die Frauen gesundheitsbedrohend sein, denn oft lassen Betreuung, Nachkontrollen und Hygiene zu Wünschen übrig. Erstens ist es schwierig, ÄrztInnen zu finden, die das Risiko eingehen wollen, sich strafbar zu machen. Zweitens nutzen viele die Notsituation der schwangeren Frauen aus und verlangen horrend Preise.

Verstärkte Repression als Antwort

Nach dem Untergang der Initiative gibt die PiS je-



«Wahlfreiheit, nicht Terror» – Mehr als 100 000 PolInnen demonstrierten im Oktober vor dem Sejm gegen eine noch stärkere Einschränkung des ohnehin restriktiven Abtreibungsverbots.

doch keine Ruhe und versucht weiterhin, Abtreibungen gänzlich zu illegalisieren. Ein neues Gesetz, das bereits per 2017 in Kraft treten soll, wurde Anfang November in Windeseile verabschiedet: Frauen, die ein schwer behindertes, unheilbar krankes oder nicht lebensfähiges Kind nicht abtreiben, sondern gebären, erhalten eine Geldprämie von 4000 Złoty, rund 1000 Franken (zum Vergleich: der gesetzlichen Mindestlohn beträgt 1750 Złoty). Die Prämie ist eine direkte Reaktion auf das Ablehnen der geplanten Verschärfung im Oktober. Denn PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński verdankt seinen Wahlsieg vor allem der Unterstützung ultrakonservativer KatholikInnen. Das Gesetz sieht zudem staatliche Betreuung und Förderung betroffener Familien vor. Bisher gibt es in Polen jedoch keinerlei systematische Unterstützung für Frauen mit kranken Kindern. Ob die Regierung innerhalb weniger Wochen Massnahmen gewährleisten kann, welche die Betroffenen unterstützen, ist zu bezweifeln.

Das neue Gesetz ist eine Farce: entgegen den Worten der Regierung schützt und unterstützt es nicht primär Kinder mit einer Behinderung und deren Familien, sondern verschärft das ohnehin restriktive Abtreibungsrecht indirekt. Einmal mehr bedient sich die konservative Rechte dafür am Narrativ der behinderten Kinder. Die heute noch legalen Abtreibungen im Falle einer Schädigung des Fötus werden mit dem Gesetz

noch stärker moralisiert und geächtet, der Druck auf die schwangeren Frauen steigt. Es ist damit zu rechnen, dass ÄrztInnen verstärkt auch erlaubte Abtreibungen aus Angst vor Sanktionen ablehnen. Der Kampf für das Recht auf Abtreibung und die Selbstbestimmung über den eigenen Körper geht demnach auch nach dem schwarzen Montag weiter.

Schlüsselthema Abtreibung

Sarah Diehl, Expertin für Reproduktionsfragen und Frauenrechte sowie Mitgründerin des Netzwerks Ciocia Basia, das in Berlin Polinnen bei der Abtreibung unterstützt, analysiert treffend: «Das Thema Abtreibung bietet sich für viele Menschen an, sich als Humanisten, als Gutmenschen, als Lebensschützer selbst zu inszenieren. Erstens, weil sie die Konsequenzen in keiner Weise tragen müssen. Zweitens, weil dieses Thema so hochsymbolisch aufgeladen ist – der Embryo als das perfekte, unschuldige Leben. Abtreibungen sind ein Schlüsselthema, um zu merken, wie Patriarchat funktioniert, da Frauen damit emotional unter Druck gesetzt werden können, umsonst Fürsorgearbeit zu leisten.»

«Nein heisst Nein» – Wir haben aber noch mehr zu sagen!

SEXUALSTRAFRECHT Diesen Sommer wurde in Deutschland das Sexualstrafrecht verschärft. Sexuelle Handlungen, welche gegen den erkennbaren Willen des Opfers erfolgen, werden nun unter Strafe gestellt. Dies ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Gewalt an Frauen und für die Anerkennung der weiblichen Selbstbestimmung. Ein Zwischenschritt, der im Kontext eines rassistischen Grundklimas Gefahr läuft, instrumentalisiert zu werden.

(fk) «Nein heisst Nein»: Das lernt jedes Kind und ist ein wichtiger Grundsatz respektvollen Umgangs. Gerade in Bezug auf sexuelle Handlungen sollte er zentral sein. Nicht so im schweizerischen Sexualstrafrecht. Nach diesem stehen nämlich nur sexuelle Handlungen, welche durch Einsatz von Gewalt oder Drohung erzwungen werden, unter Strafe. Ob die Frau sich verbal wehrte, ist nicht von Belang, geschweige denn, ob sie ihr Einverständnis gab. In Deutschland wurde dies nun geändert und damit die bereits 2011 unterzeichnete Istanbul Konvention umgesetzt. Eine Verurteilung ist nun auch möglich, wenn sich der Täter über den erkennbaren Willen des Opfers hinwegsetzt. Dies bedeutet, dass nicht nur physische, sondern auch verbale Gegenwehr für eine Verurteilung ausreicht.

Gewalt gegen Frauen ist zentrales Moment der Frauenunterdrückung und Ausdruck patriarchaler Strukturen. Damit werden die entsprechenden Rollen der Frauen in der Familie, der Gesellschaft und

der Ökonomie zementiert. Sie muss also auch im Fokus jeder frauenkämpferischen Politik gegen Unterdrückung stehen. Das Ausmass sexueller Gewalt und dessen Verwebung mit Staat und Familie zeigen, dass sie nicht nur Resultat individueller Handlungen ist, sondern strukturelle Dimension besitzt. Dazu gehört, dass die Gewalt gegen Frauen auf Einzelfälle reduziert wird und ins Private abgeschoben wird. Neuere Studien belegen, dass in der Schweiz 10 bis 20 % der Ehefrauen Opfer innererlicher, sexueller Gewalt werden. Die Komplizenschaft des Staates zeigt sich im Sexualstrafrecht. Vergewaltigung hat weltweit eine der niedrigsten Verurteilungsraten von allen Verbrechen. Dies, weil es beinahe unmöglich ist zu beweisen, dass Gewalt oder Drohungen ausgeübt wurden. Der Fall der Vergewaltigung Gina-Lisa Lohfinks ist dafür exemplarisch und war wichtig in der Debatte um das neue Gesetz in Deutschland. Obwohl es ein Video gibt, auf dem deutlich zu hören ist, wie sie «Nein!» und «Hört auf damit!» sagt, kam es zu keiner Verurteilung. Das Nein habe sich anscheinend nur auf das Filmen bezogen. Mit dem neuen Gesetz in Deutschland und einer stärkeren Thematisierung der sexuellen Gewalt können wir hoffen, dass sich Raum für eine Thematisierung rund um geschlechtsspezifische Unterdrückung öffnet. Für die Betroffenen wird entscheidend sein, wie in den Institutionen mit dem neuen Gesetz umgegangen wird. So ist die Änderung auch nicht mehr als ein Zwischenschritt. Es gilt im Frauenkampf weiter zu schreiten gegen jegliche Unterdrückung.

Rassistische Instrumentalisierung

Auch wenn die Änderung erst einmal zu begrüssen ist, ist sie nicht frei jeder Kritik. Zwar war sie schon lange Thema im Bundestag, richtig Aufschwung kriegte sie

nach Köln. Im Zuge der Übergriffe der Silvesternacht öffnete die breite Öffentlichkeit plötzlich die Augen – um sie dann schnell wieder zu schliessen. Geschlechtliche Gewalt ist ein Problem, ja, aber es wurde auf eines von Männern aus dem «nordafrikanisch-arabischen Raum» reduziert. Dies widerspiegelt sich nun in der Implementierung des neuen Gesetzes im Ausweisungsrecht.

Eine Verurteilung ist fortan eigenständiger Ausweisungsgrund, unabhängig von der Höhe der Strafe. Eine feministische Errungenschaft wird rassistisch instrumentalisiert. Gesellschaftliche Errungenschaften schlagen sich in Gesetzen nieder. Diese sind aber erst einmal formal. Ihre konkrete Umsetzung und in welchen Kontext sie gesetzt werden, hängt von den Machtverhältnissen ab. Darüber hinaus wird das Problem der systemischen geschlechtlichen Gewalt durch ihre Verrechtlichung darauf reduziert, es zu benennen, zu bewältigen und zu verwalten. Man beschränkt sich darauf, auf die sexuelle Gewalt zu reagieren. Stattdessen sollten wir fragen, inwiefern sie Resultat der patriarchalen Strukturen ist und wie diese in der kapitalistischen Gesellschaft re- und produziert werden.

Eine Politik für eine Gesellschaft ohne jede Form der Unterdrückung geht weiter als «Nein heisst Nein». Im Kontext von sexueller Selbstbestimmung würde sich wohl eher in einem Grundsatz à la «Ja heisst Ja» äussern. Dieser ginge nicht von einem Zustand der Abwehr und Schutzbedürftigkeit der Frauen aus, die nichts mehr als ein Objekt sind. Viel mehr geht es darum, als Frauen Subjekt einer selbstbestimmten Sexualität zu sein. Mit «Nein heisst Nein» kriegen Frauen immerhin eine lautere Stimme. Nun müssen sie weitersprechen.

10 Jahre Revolutionärer Aufbau Winterthur

JUBILÄUM 10 Jahre ist es her, seit die Sektion Winterthur des Revolutionären Aufbaus gegründet wurde. Im Gespräch mit einem Genossen des Aufbaus Winterthur blicken wir nicht nur zurück, sondern auch nach vorne.

(raw) **Ihr habt euer 10-jähriges Bestehen am 3.12.16 mit Diskussionen, einer Ausstellung und einem Fest gefeiert. Der Kampf um die Stadt war das Thema einer der Diskussionsrunden an dieser Veranstaltung. Welche Aktualität hat die Stadtaufwertung von oben in Winterthur heute?**

Die Stadt Winterthur treibt die profitorientierte Neuausrichtung ganzer Gebiete weiter voran. Neue Projekte sind stetig am entstehen. Äusserst interessant ist der Streit um das Erbe des Immobilienkönigs Bruno Stefanini. Die Unmenge an älteren und über Jahrzehnte kaum unterhaltenen Liegenschaften dürfte ein gutes Spielfeld für weitere Luxussanierungen bieten. Dagegen hat sich bereits eine breite Interessensgemeinschaft gebildet, welche versucht, die MieterInnen zu vernetzen und Widerstand von unten, als Basisorganisation, aufzubauen.

In den Ausstellungstexten heisst es, die Stadt Winterthur habe schon früh den Wandel von der Industrie- hin zur Dienstleistungsstadt vollzogen. Was bedeutete dies denn für die Stadtentwicklung?

Winterthur war durch den Niedergang der Schwerindustrie schon früh gezwungen, sich nach diesem Wandel ökonomisch neu zu orientieren. Als erste Stadt in der Schweiz gönnte man sich deshalb ein Standortmarketing und versuchte mit Loft-Chic «gute SteuerzahlerInnen» anzulocken. Die profitable Nutzbarmachung der leerstehenden Industrieflächen ist daher ein Prozess, welcher die Stadt Winterthur massgeblich gestaltet und prägt. Nur macht dieser Prozess natürlich nicht bei den Industriebrachen halt, sondern verteuert auch die Wohnungen rundherum und setzt sich vor allem auch mit der «Aufwertung» der Liegenschaften in der Altstadt fort.

In der ArbeiterInnenstadt Winterthur hat, wenig erstaunlich, auch das Themenfeld «Arbeitskampf» in eurer Ausstellung nicht gefehlt. Wieso war da so viel zur Rieter zu lesen, obwohl es bei Rieter in Winterthur in den letzten Jahren nie zu einem Arbeitskampf kam?

Für uns zeigt die Geschichte der Winterthurer Traditionsfirma Rieter exemplarisch die Angriffe der Bosse auf die ArbeiterInnen in Krisenzeiten. Erst wurde die Belegschaft in Kurzarbeit versetzt, dann häppchenweise entlassen und gleichzeitig die Arbeitsplätze nach China und Indien verlagert. Seit der Finanzkrise 2008 hat Rieter die Belegschaft in Winterthur fast halbiert während in China und Indien flott investiert und die Zahl der Angestellten in



Fest in Winterthur (3.12.2016)

chinesischen Werken teilweise mehr als verdoppelt wurde. Ebenso beispielhaft lässt sich am Fall Rieter die Rolle der Gewerkschaften in der Schweiz ablesen: Von Streiks und Arbeitskämpfe wollten die Gewerkschaften auch bei Rieter trotz teilweise drastischen Massenentlassungen gar nichts wissen. Statt Arbeitskampf herrscht nach wie vor das Prinzip des Arbeitsfriedens.

Mit Flugblättern, Wandzeitungen und Artikeln wurde in Winterthur zu Streiks bei Rieter in Italien und zum Auslagerungsprogramm «Plan Gloria» informiert und der Kapitalexpert nach Indien und China am Beispiel Rieter immer wieder thematisiert und der Zusammenhang zwischen Entlassungen, Auslagerungen und dem Bonzentreffen WEF aufgezeigt.

Wie die Ausstellung zeigte, scheint der Kampf gegen die rechte Hetze ein weiterer wichtiger Brennpunkt zu sein?

Im vergangenen Jahrzehnt gab es in Winterthur und Umgebung immer wieder reaktionäre Mobilisierungen und Veranstaltungen. Herauszugreifen ist sicher die ausserordentliche Generalversammlung der AUNS in Winterthur. Eingeladen war der damalige Vorsitzende der rechtspopulistischen britischen Partei UKIP, Nigel Farage. Eine breite Mobilisierung in der Altstadt setzte einen Gegenpunkt zum Reaktionären-Treffen. Mit Widerstand sahen sich aber auch immer

wieder reaktionäre christliche Vereine und ihre Gäste sowie die Antifeministen konfrontiert.

Nun war die Ausstellung eher eine Rückschau. Wie seht ihr die Zukunft in Winterthur und eure Politik darin?

Wie bereits erwähnt geht die Stadtaufwertung in Winterthur rasant weiter. Weitere Grossprojekte stehen an und fördern so die Verdrängung. Die Regierung pocht auch auf die Profitmaximierung in anderen Bereichen. Diverse städtische und kantonale Betriebe wie die Stadtwerke oder das Kantonsspital sollen in naher Zukunft privatisiert werden. So werden sich die Widersprüche, welcher der Kapitalismus im urbanen Raum produziert, noch weiter verschärfen.

Für uns bedeutet dies, weiterhin orientierend und mit einer revolutionären Position präsent zu sein. Es ist uns ein Anliegen, die bestehenden Brennpunkte aufzugreifen und theoretisch sowie praktisch auf der Strasse miteinander zu vereinigen. Wir versuchen, auch in reaktionären Zeiten kämpferisch zu agieren und weiterhin die Kämpfe konkret zu führen. Dabei ist uns bewusst, dass wir den revolutionären Prozess als Etappen begreifen müssen. Was wir wollen, das ist allen klar, geht nicht von heute auf morgen. Deshalb ist es wichtig, so weit wie möglich in den aktuellen Kämpfen eine Gegenmacht aufzubauen.

Glaubwürdigkeit lässt sich nicht mit Worten erkaufen

WEF Das World Economic Forum will in Davos mit einer geheuchelten Entwicklung eines kooperativen Führungsstils verlorenes Vertrauen wieder herstellen.

(gpw) Das Jahrestreffen des World Economic Forums (WEF) vom 17. bis zum 20. Januar 2017 in Davos steht unter dem Motto, eine «reagierende und verantwortungsvolle Führung» zu entwickeln. Die VordenkerInnen des WEF schreiben in ihrer Übersicht im Internet, dass je komplexer ein System sei, desto grösser die Bedenken einer Gemeinschaft bezüglich ihrer Zukunft seien. Die Wahrscheinlichkeit einer Abwärtsspirale der Weltwirtschaft habe zugenommen. Die Vierte Industrielle Revolution schreite fort und die Situation jener Segmente, welche den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt nicht spürten, würde noch unsicherer werden. Eine «verantwortungsvolle Führung» setze das Erkennen der zunehmenden Frustration dieser Schichten voraus, erfordere national und global eine tiefere Verpflichtung zur ihrer Einbindung und ein gerechteres Wachstum.

Die WEF-StrategInnen bestätigten durchaus richtig, dass die rasante Entwicklung der digitalen Produktivkräfte auf Kosten der Mehrheit der arbeitenden Klassen geht. Doch nicht eine undefinierte komplexe Situation ist der Grund dieser Misere, sondern die alltäglichen kapitalistischen Gesetzmässigkeiten und Grausamkeiten auch derjenigen EntscheidungsträgerInnen, die am WEF von einem gerechteren Wachstum

reden. Mit leeren Absichtserklärungen verschleiern sie die eigenen innerimperialistischen Widersprüche in den verschiedenen Kriegsregionen, übergehen das Elend der Flüchtlingsströme und verniedlichen die Rechtsentwicklung. Sie haben weder gegen die Arbeitslosigkeit noch beispielsweise gegen die weltweit ungenügenden Gesundheits- und Sozialsystemen jemals Lösungsvorschläge angeboten, welche die Lebensbedingungen der Mehrheit der Weltbevölkerung hätten verbessern können. Diese Realität zeigt den Widerspruch zu dem in den Statuten festgelegten Zweck der Stiftung World Economic Forum auf, durch Vernetzung der führenden Kräfte aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft den Zustand der Welt verbessern zu wollen.

Hat das WEF ausgedient?

Klaus Schwab liess 1971 in den Statuten auch festhalten, dass die Stiftung unabhängig sei und keine politischen oder ideologischen Interessen verfolge. Die Strategic Partners wie etwa die ABB, Goldman Sachs, Nestlé, Adecco oder Saudi Aramco finanzieren das WEF mit jährlich je über CHF 500'000. Es sind allesamt knallharte VertreterInnen eigener Interessen. Die kanadische Aktivistin Naomi Klein hat in «The Guardian» zu den US-Wahlen analysiert, dass es Hillary Clinton zum Verhängnis geworden sei, dass sie als ein wichtiger Teil der neoliberalen Elite, am WEF ihre Partys geschmissen hätte, während die Menschen unter der neoliberalen Politik litten.

Das WEF wird von den finanzstarken Wirtschaftsfractionen genutzt, um mit denjenigen Vertretern der

Politik zusammen zu kommen, die für sich aufgrund ihrer jeweiligen politischen Lage einen Gewinn erhoffen. Zum diesjährigen WEF hat sich gemäss der «Financial Times» der chinesische Präsident Xi Jinping angekündigt. Auch er hat seine eigene politische Agenda, die darauf abzielen könnte, aus der erwarteten Verstärkung des US-Nationalismus Kapital zu schlagen. Xi will die Freihandelszone im Asien-Pazifikraum (FTAAP) vorantreiben. Vielleicht erwartet er in Davos bei den BefürworterInnen des uneingeschränkten Handels dort die Türen aufstossen zu können, wo Trump sie schliesst.

Die unterschiedlichen Interessen zwischen den VertreterInnen des nationalen protektionistisch orientierten Kapital gegenüber den HerrscherInnen globalen Konzerne, für welche einschränkende Bestimmungen bürgerlicher-demokratischer Parlamente lästige zu überwindende Hindernisse darstellen, sind unübersehbar. Diese komplexe Situation hat seine Auswirkungen auf das WEF. Es bleibt seinen neoliberalen Interessen verpflichtet, spricht aber lieber vom kooperativen Führungsstil, als von den global wesentlichen Themen, welche unter den Teilnehmenden die zelebrierte Einheit des «Spirit von Davos» gefährden könnte, zumal auch gar keine dienlichen Antworten zu erwarten wären.

Nach kapitalistischen Standards wird normalerweise ein Projekt, deren Zweck nicht erfüllt wird, rasch liquidiert. Leider wird das der Stiftung WEF nicht ohne weiteres passieren, da die Statuten von Anfang an nur Makulatur waren.

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

Aktion gegen Lafarge Holcim

Wir haben die Lafarge Holcim in Zürich an der Hagenholzstrasse während der Nacht vom 19.09 auf den 20.09.2016 mit einem Sprengkörper überrascht!

Zwischen Frühling 2013 und Herbst 2014 hat das Unternehmen Holcim Lafarge an den sogenannten «Islamischen Staat» Steuern bezahlt, damit eines ihrer Zementwerke in Jalabiya, in der Nähe von Manbij in Syrien, weiter betrieben werden konnte.

Dass die Bourgeoisie auch mit den reaktionärsten Kräften paktiert, in diesem Fall mit religiösen Fundamentalisten, um weiter profitabel produzieren zu können, verwundert nicht. Es belegt die Skrupellosigkeit im Kampf um den Profit.

Bei dieser Aktion ist es nur ein Nebenschauplatz, dass der Holcim Konzern unter anderem der Familie Schmidheiny gehörte. Jedoch ein erwähnenswerter, bewiesen die Schmidheiny doch ihre Brutalität beim Streben nach Profit schon bei der Produktion von Asbest in Italien. ArbeiterInnen erkrankten und starben teilweise, weil mit Asbest, ohne den entsprechenden Schutz, gearbeitet werden musste. Eine Fortsetzung ihrer Rücksichtslosigkeit, die die Familie zuvor schon in Südafrika unter Beweis gestellt hatte.

«Das fortschrittlichste Unternehmen im Bausektor» wolle man sein, kündigten die beiden Konzerne Lafarge und Holcim bei der Bekanntgabe der Fusion im April 2014 an. Die Heuchelei daran zeigt sich, wenn man weiss, dass zu dieser Zeit der IS in Syrien finanziert wurde. Wie selbstverständlich wurde nach der Veröffentlichung dieser Unterstützung des IS auf die Sicherheit der Mitarbeiter verwiesen. Die ist nicht von der Hand zu weisen, schliesslich erwirtschafteten MitarbeiterInnen, die vom IS umgebracht wurden, keinen Profit mehr. Dass es nicht um eine reine Evakuierung ging dürfte klar sein, wenn man bedenkt, dass diese Zahlungen sich über ein Jahr hinzogen.

Gerade erst haben die militärischen Strukturen der SDF den IS in diesem Gebiet zurückgedrängt. Die GenossInnen werden dabei oft von Selbstmordattentätern mit zu Bomben umfunktionierten Transportern und Kleinlastwagen angegriffen. Wieviele dieser „fahrenden Bomben“ letztlich vom Lafarge-Holcim Konzern finanziert wurden, ist nicht klar. Wir haben aber einen kleinen, symbolischen explosiven Teil zu ihrer Zentrale in Zürich zurück gebracht.

Die Perspektive Rojava zu unterstützen bedeutet auch, hier den Kampf gegen das Kapital zu führen, vor allem auch wenn Konzerne, die hier angesiedelt sind, die reaktionären Kräfte dort so direkt unterstützen.

Die befreiten und teilweise stark zerstörten Gebiete müssen wieder aufgebaut werden, politische und ökonomische Strukturen müssen geschaffen werden. So begnügt sich die SDF nicht damit, die Fundamentalisten davon zu jagen, sondern baut in den befreiten Gebieten neue Strukturen auf. Sowohl militärische Strukturen, indem die Bevölkerung bewaffnet und ausgebildet wird, wie auch politische Strukturen, wie Quartier- oder Frauenräte, die es zu schützen gilt. Der IS muss nicht nur militärisch zurückgeschlagen werden, auch die reaktionäre Weltanschauung, die er verbreitet und in den von ihm besetzten Gebieten mit Gewalt in die Köpfe zu hämmern versucht, muss bekämpft werden. Dazu werden Akademien gegründet, in denen die politische Schulung eine wichtige Rolle spielt.

Rojava nimmt in der Entwicklung der revolutionären Perspektive einen wichtigen Platz ein. Unterstützen wir sie. Für eine revolutionäre Perspektive!

Ist die Party aus?

TIEFZINSPOLITIK Die Wahl von Trump ins Weisse Haus könnte zu einem beschleunigten Ende der langjährigen Tiefzinspolitik der Notenbanken führen. Es genügt nicht, den Rassismus seiner WählerInnen zu denunzieren.

(gpw) Eine Schöne Neue Welt steht uns bevor: Das Trampeltier ist zum Präsidenten der USA gewählt worden. Er will Amerika wieder gross machen. Wirtschaftlich setzt er dabei auf ein keynesianistisches staatliches Impulsprogramm: Sanierung der maroden Infrastruktur. Das ist tatsächlich notwendig. Einsturzgefährdete Brücken, löchrige Straßen, zerberstende Wasserrohre, Gasexplosionen sind an der Tagesordnung. Allein 60'000 Brücken müssten saniert werden. Gemäss OECD dürfte das nicht nur einen Impuls für die USA, sondern für die Weltwirtschaft bedeuten, welche 2017 angeblich um 3,3% wachsen soll.¹ Weil Trump Steuererleichterungen für die Reichen und den sogenannten Mittelstand versprochen hat, kann er das nur über wachsende Staatsschulden finanzieren.

Ende der Tiefzinspolitik?

Einige Auguren von Wirtschaft und Finanzmärkten sehen in dieser Entwicklung den Anfang vom Ende der Tiefzinspolitik. Diese wurde durch den scharfen Kriseneinbruch von 2007/08 erzwungen. Die Wirtschaft musste mit billigem Geld überschwemmt und das wankende Bankensystem soweit saniert werden, damit die Geldhäuser den Unternehmern günstige Kredite für eine Erweiterung der Investitionstätigkeit gewähren. Der gewünschte Effekt auf die Kapitalakkumulation blieb aber aus. Wer zwei und zwei zusammenzählen kann, den oder die wundert das nicht: In der Kapitalüberproduktionskrise ist bekanntlich nicht zu wenig, sondern zu viel Geld vorhanden, das wegen einer gesunkenen Durchschnittsprofitrate nicht produktiv investiert werden kann. Stattdessen sanieren die Banken und Konzerne einen Teil ihrer Schulden. Und wenn die Zinsen auf Null und darunter gesenkt sind, bringen auch milliardenschwere Ankaufsprogramme von «Wert»-Papieren² nichts Anderes als Eulen nach Athen. Oder noch mehr Geld an die Börsen und in die Grundstücke, deren Preise galoppierend ansteigen, mit allen negativen Folgen für die Mietpreise und die Verdrängungspolitik aus den Städten. Das ist die Party, welche die Geldsäcke an den Börsen oder in den Private-Equity-Klüngeln feiern – z.B. bei Blackrock, wo Philip Hildebrand, der ehemalige schweizerische Nationalbankchef, mit von der Partie ist. Das sind die Profiteure der Tiefzinspolitik – und sie zittern vor dem Platzen der nächsten Blase und damit vor dem Ende der Party.

Auferstehung des Monetarismus?

Die Tiefzinspolitik sollte nicht nur die Banken und Finanzmärkte stützen, sondern auch «das Gespenst der Deflation» vertreiben. Deflation heisst Vermehrung des Geldwertes. Dementsprechend steigt der Realwert der Löhne. Das drückt zusätzlich auf die Profitrate und verschärft die Krise. Deshalb streben die sogenannten «unabhängigen Notenbanken» ein Inflationsziel von jährlich zwei Prozent an – bis jetzt vergeblich. Die ursprüngliche Funktion des Monetarismus, ein Ansteigen der Löhne zu verhindern, verkehrte sich so in ihr Gegenteil, was sein Ende bedeutet.

Neben dem defizitfinanzierten Infrastrukturprogramm will Trump die amerikanischen Arbeitsplätze vor ausländischer Konkurrenz schützen. Würde er die hohen Wachstumsziele erreichen, bedeutete das ein weiteres Ansteigen der Löhne und evtl. sogar eine Steigerung der Kampfkraft des amerikanischen Proletariates. Das kann weder die Absicht von Trump noch der amerikanischen Bourgeoisie sein. Deshalb zeichnet sich bereits heute ab, dass die Zinsen in den USA schrittwei-



Donald Trump: Eine Beleidigung für das Trampeltier (Camelus ferus)?

se wieder ansteigen und die Flutung der Wirtschaft mit Geld zurückgefahren wird. Mit gewissen Verlusten an den Börsen und bei Immobilien wird dabei gerechnet, denn so wird vor allem fiktives Kapital vernichtet. In einem solchen Fall könnte der Monetarismus wieder zu einem – wenn auch geschwächten – Leben erweckt werden. Allerdings wird Europa voraussichtlich von dieser Entwicklung abgekoppelt bleiben.

Die Aufgaben kommunistischer Politik

Es gibt also rationale Gründe, weshalb ein Teil des gebeutelten Industrieproletariates in den Metropolen reaktionären Trampeltieren nachlaufen. Sie könnten kurzfristig die Lage des gebeutelten Proletariates etwas verbessern. Früher oder später werden aber andere ökonomische Prozesse wie die zunehmende Digitalisierung massenhaft Arbeitsplätze wegrationalisieren. Ein weiterer Abbau der Überreste des Sozialstaates ist ebenfalls vorprogrammiert – wie auch das erwähnte Aufleben der monetaristischen Politik. Früher oder später werden die Teile des Proletariates, die Trump oder andere stinkreiche BauernfängerInnen wählen, realisieren, wie sie einmal mehr betrogen werden.

Die Hauptanstrengung der kommunistischen und anderer revolutionärer Kräfte kann sich deshalb nicht darauf richten, den Rassismus im Proletariat zu bekämpfen, sondern darauf, ihren Antikapitalismus zu entwickeln. Das Alltagsbewusstsein einheimischer ArbeiterInnen reagiert sehr sensibel darauf, dass die Bourgeoisie mit ihrer Migrationspolitik die Klassenspaltung vorantreibt und dadurch die Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtert; dass die Bourgeoisie mit ihrer imperialistischen Politik die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zerstört und sie dadurch zur Flucht zwingt; und dass die kapitalistische Krise unumkehrbar ist. Es ist unsere Aufgabe, an den erwähnten positiven Aspekten des rechtsgerichteten proletarischen Alltagsbewusstseins anzuknüpfen, sie aufzugreifen und mit einer glaubwürdigen Praxis zu versuchen, sie in ein linkes politisches und womöglich revolutionäres Bewusstsein umzuwandeln und zu vertiefen. Unser Ziel muss es sein, uns politisch und organisatorisch zu stärken und eine glaubwürdige revolutionäre Politik zu entwickeln, welche gerade in rechtsgerichteten, sich bewegenden Teilen des Proletariates eine andere Perspektive eröffnet.

¹ NZZ 29.11.16, S. 25

² Der Nominalwert von Staatsanleihen mit negativer Rendite übersteigt global 10 Bio Euro – etwa 15 Mal das BIP der Schweiz (NZZ 03.06.2016, S. 21)

K	U	L	T	U	R	R	E	V	O	L	U	T	I	O	N
A	M	E	R	I	K	A	N	I	S	C	H	E	R	K	E
U	S	U	N	G	L	U	E	C	K	S	R	E	A	K	K
F	T	P	G	U	A	M	R	H	A	T	E	N	A	U	A
L	U	P	O	R	S	N	G	I	R	U	N	A	E	L	N
U	R	I	N	E	S	O	I	A	G	D	A	G	U	T	E
S	Z	E	N	E	E	T	E	R	N	I	T	E	L	A	N
T	E	R	R	O	R	I	S	T	U	E	B	R	I	G	E

Lösung Kreuzwörter aufbau 86

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

Rechtsrock Konzert in Unterwasser

ANTIFASCHISMUS In der rechtsextremen Szene gilt die Schweiz schon seit Jahren als Konzertparadies. So verwundert es nicht, dass auch das grösste Neonazi-Konzert der vergangenen 20 Jahre im Toggenburg stattfand.

(agafzh) Die Veranstalter aus dem Umfeld des internationalen Neonazinetzwerks «Blood & Honour» (B&H) kündigten bereits im Juli ein Konzert im «süddeutschen Raum» an. Dass dieses letztlich in der Schweiz stattfand, erstaunt nicht. So trafen sich in der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober mehrere tausend FaschistInnen im Toggenburg, um Adolf Hitler zu verehren und gemeinsam mit einschlägigen Bands Lieder zu grölen, in denen es um Vernichtung und Massenmord geht. Im Zuge dieses Konzerts wurden schätzungsweise rund 200'000 Franken eingenommen. Dieses Geld wiederum soll in das deutsche Bundesland Thüringen nach Ballstädt geflossen sein. Dort überfielen im Februar 2014 eine Gruppe Neonazis ein Dorffest und verprügelten mehrere alternativ aussehende Jugendliche so, dass diese schwere Verletzungen erlitten. Zurzeit findet ein Prozess gegen die mutmasslichen Täter statt. Diese waren gemäss gut unterrichteten Quellen ebenfalls in Unterwasser zugegen. Neben der Finanzierung des Ballstädter-Prozesses dienten die Einnahmen auch dazu, weitere Neonazi-Strukturen aufzubauen. Strukturen, welche es ermöglichen, Übergriffe auf Linke, Homosexuelle und MigrantenInnen zu verüben. Nicht zuletzt war das Konzert auch ein Rekrutierungsanlass, um neue militante Mitglieder anzuwerben.

Die rassistische Grundstimmung

Doch wieso ausgerechnet im Toggenburg? Einerseits hat dies sicher mit der Zurückhaltung von Polizei und Justiz zu tun. Die Schweiz gilt als Konzertparadies für Neonazis. Man könnte jedoch auch denken, dass sie das Toggenburg auf Grund seiner rechtslastigen politischen Rückständigkeit ausgesucht haben. Betrachtet man die Einträge in den sozialen Netzwerken, welche die KonzertbesucherInnen aus ganz Europa hinterlassen haben, so sieht man, dass sie diesen Veranstaltungsort offenbar tatsächlich auf Grund einer fremdenfeindlichen, rassistischen Grundstimmung, die sie hier verorten, ausgesucht haben. Es zeigte sich aber auch, dass sie mit diesem Ort nicht das Toggenburg im Speziellen meinten, sondern die Schweiz im Allgemeinen.

In der Schweiz erleben wir seit Jahrzehnten, wie die SVP und andere HandlangerInnen des Kapitals, von MilliardärInnen üppig gefüttert, einen Klassenkampf von oben führen. Um einer ökonomischen Krise Herr zu werden, wird die Klasse gespalten und gegeneinander aufgehetzt. Der einzige Schutz den die VerursacherInnen solcher Krisen haben, ist die Zerstrittenheit jener, die darunter leiden.

In der Schweiz werden von den herrschenden KapitalistInnen jährlich Millionen ausgegeben, um die Menschen strategisch geplant gegeneinander aufzubringen: SchweizerInnen gegen AusländerInnen, ArbeiterInnen gegen Arbeitslose, Junge gegen Alte und Gesunde gegen Kranke. Es ist nicht die schöne Landschaft im Toggenburg, in der sich die FaschistInnen so wohlfühlen. Es ist das politische Klima in der Schweiz, durchsetzt mit Angst, Rassismus und Missgunst. Faschismus entsteht nicht zwingend aus Unzufriedenheit, Ungerechtigkeit oder aus Not. Faschismus entsteht aus den systematischen Grundmustern des Kapitals. Faschismus entsteht aus Egoismus, rücksichtsloser Bereicherung, Ausbeutung und Unterdrückung. In der ökonomischen Krise verschärfen sich diese Grundmuster, von der Aufwiegelung der Unterdrückten bis hin zum offenen Krieg.

Die AkteurInnen, welche diese Grundmuster des Kapitals in der Gesellschaft ausführen sind nicht nur die KapitalistInnen selbst und ihre politischen HandlangerInnen. Das einzige Krisenmanagement, welches das Kapital kennt, ist Klassenkampf von oben. Indem das Kapital geschickt die bürgerliche Staatsmacht zum obersten Krisenmanager macht, macht es auch den Staat zum obersten Klassenkämpfer. So führt auch der Staat in der Krise immer aggressiver all jene Massnahmen aus, welche die ArbeiterInnenklasse spaltet und gegeneinander aufbringt. In dieser Spaltung, spielt Rassismus eine wichtige Rolle. Die Staatsmacht kann nicht gegen dieses zentrale Element selbst vorgehen, sie kann Rassismus nur selber ausführen oder schweigend zulassen.

Rechte Hetze und der Staat

Die Verflechtung zwischen Kapital, rechter Hetze, dem bürgerlichen Staat und dem offen agierenden Fa-



Antifa-Demo in Zürich (22.10.2016) gegen den Parteitag der PNOS. Bild von www.aurka.com

schismus sind durch das Nicht-Eingreifen und die nachträglichen Reaktionen auf dieses Konzert einmal mehr offen an den Tag getreten.

Zum einen ist da der Grosskapitalist Christoph Blocher, einer der Hauptgeldgeber klassenkämpferischer Kampagnen von oben, Mitglied der SVP und selbsternannter Retter des Volkes. Blocher nimmt die FaschistInnen aktiv in Schutz. Er spricht von «anständigen Typen».

Ein weiteres bekanntes Beispiel ist Oskar Freysinger, der SVP-Sicherheitsdirektor im Kanton Wallis. 2013 wurde bekannt, dass er eine Reichskriegsflagge im Keller hängen hat. Doch damit nicht genug. 2016 trat Freysinger an einer Veranstaltung des rechten Magazins „Compact“ in Deutschland auf. Dass an der Konferenz der wegen Volksverhetzung verurteilte Pegida-Mitbegründer Lutz Bachmann nach ihm auftrat, störte Freysinger nicht. Ende 2016 legte Freysinger allerdings noch einen obendrauf. Er verpflichtete den Weltuntergangs-Theoretiker Piero San Giorgio als Berater. Dass San Giorgio gute Kontakte zur rechtsextremen italienischen Organisation «Casa Pound» nachgesagt werden, störte Freysinger ebenfalls nicht. Erst nach dem Auftauchen eines Videos, in welchem sich San Giorgio ansatzweise zu seinen Überzeugungen bekennt, beendet Freysinger gezwungenermassen die Zusammenarbeit.

Zur Situation der Faschos in Basel

In der letzten Ausgabe des aufbau berichteten wir über die Neonazi-Gruppe in Weil am Rhein sowie die versuchten Pegida-Demonstrationen in der Umgebung Basels (Siehe aufbau Nr. 86). Rund um Pegida wurde es auf den Strassen in und um Basel ruhig. Die für den 24. September 2016 angekündigte Neonazi-Demo in Weil am Rhein zum neu erfundenen «Tag der europäischen Völker» wurde von den OrganisatorInnen wieder abgesagt, vermutlich aufgrund des sich abzeichnenden massiven Widerstandes durch antifaschistische Kräfte. Trotz der Absage der Neonazi-Demo demonstrierten rund 300 AntifaschistInnen an diesem Tag gegen die rechtsradikalen Umtriebe. Durch den revolutionären Aufbau Basel wurde in einer Rede betont, dass die Naziprobleme im Kontext der aktuellen gesellschaftlichen Verschärfungen betrachtet werden müssen. Die Weiler Zivilgesellschaft konnte sich für einmal immerhin dazu durchringen, ein (schwaches) Zeichen gegen die Nazis zu setzen: Bereits eine Woche vor der Neonazi-Demonstration wurde ein Sternenmarsch

Dann ist da noch die Hauptpropagandistin rechter Hetze überhaupt, die SVP selbst, die mittels riesiger Geldsummen der KapitalistInnen kontinuierlich eine rassistische Stimmung aufbaut. Die rechte Hetze ist dort so weit fortgeschritten, dass es immer wieder zu fließenden Übergängen in rechtsextreme Szenen in ganz Europa kommt.

Und zu guter Letzt ist da natürlich auch noch der bürgerliche Staat, dessen einzige Tätigkeit in Sachen Faschismus und Rassismus offensichtlich das Zulassen ist. Anders lässt es sich beim besten Willen erklären, wie es der Polizei trotz frühzeitiger Hinweise aus dem Ausland entgangen ist, dass tausende FaschistInnen zur selben Zeit in die Schweiz fahren. So kommt das Klima zustande, in dem ein gutes Abfallkonzept ausreichend ist, um als RassistIn und FaschistIn geduldet zu werden.

Einiges jedoch wird durch dieses Konzert deutlich. Der Faschismus geht über die rechte Hetze aus dem Kapital und seinem Klassenkampf von oben hervor. Faschismus bekämpfen, heisst nicht nur die FaschistInnen selbst zu bekämpfen, sondern auch den Kapitalismus und seine rechte Hetze. Der bürgerliche Staat, als parteischer Teil dieses Kampfes kann und wird kein Verbündeter sein. Seine Rolle ist im günstigsten Falle das Wegschauen.

für Toleranz organisiert. Gleichzeitig wurde von der Weiler Lokalpolitik aber auch gegen den angekündigten Antifaschistischen Widerstand gehetzt. Dass zivilgesellschaftlicher Protest gegen rechtsradikale Kundgebungen auch abseits von Symbolpolitik möglich ist, hat das Dorf Kandern im Frühling gezeigt, wo Pegida-Kundgebungen mit Lärm gestört wurden. Nach der versuchten Nazi-Demonstration gab es um die Nazigruppe in Weil am Rhein keine einzelnen grösseren Vorfälle mehr. Dennoch kann leider keine Entwarnung gegeben werden, im Gegenteil: Trotz gerichtlichen Annäherungsverboten wird die Familie im Stadtteil Friedlingen weiterhin von den Rechtsradikalen terrorisiert. Weitere politisch aktive Leute wurden von den Nazis am Arbeitsplatz überrascht, und die Häuser mehrerer linker Projekte in der Region besprüht. Je länger je mehr wendet sich ein Teil der Gruppe auch «Reichsbürger»-Tendenzen zu, jener rechtsradikalen Strömung, die in den letzten Monaten wegen mehrerer bewaffneter Gewalttaten in den Medien präsent war.

Folter in Europa

FOLTER Der Fall von Nekane Txapartegi, der politischen Gefangenen, die an den spanischen Staat ausgeliefert werden soll, zeigt exemplarisch, wie die Schweizer Justiz funktioniert.

(rabs) Nekane Txapartegi, eine baskische Aktivistin, wurde am 6. April 2016 in Zürich verhaftet. Zuvor hatte sie neun Jahre mit falschen Papieren in der Illegalität gelebt, weil sie nach ihrer Verurteilung durch das oberste spanische Gericht zu sechs Jahren und neun Monaten Gefängnis untergetaucht war. Nach ihrer Festnahme 1999 wurde sie von der paramilitärischen Guardia Civil, der spanischen Militärpolizei, die noch aus den Zeiten Francos stammt, gefoltert (vgl. Kasten Incomunicado-Haft und Folter). Unter der Folter legte sie ein «Geständnis» ab, das besagte, dass sie die ETA unterstützt habe. Diese dient sowohl als Grundlage für ihre Verurteilung als auch für die Auslieferung an Spanien. Ein weiteres Element war die ebenfalls unter Folter erzwungene «Zeugenaussage» von Mikel Egibar, eines Mithäftlings Nekanes in der Incomunicado-Haft.

Folter im Baskenland

Dass baskische AktivistInnen vom spanischen Staat, insbesondere der Guardia Civil, gefoltert werden, ist schon lange bekannt. Die Folter ist eine Kriegsstrategie, die den GegnerInnen das Kräfteverhältnis aufzeigen, sie einschüchtern und brechen soll. Der spanische Staat reagiert auf die zahlreichen Folttervorwürfe – laut einer Kommission der baskischen Regionalregierung über 4000 Fälle zwischen 1960 und 2013 – immer mit der gleichen Antwort: Es sei gelogen und ein Beweis für die Zugehörigkeit der oder des Angeklagten zur ETA, die ihren Mitgliedern vorschreibe, bei jeder Festnahme Folttervorwürfe zu erheben.

Speziell am Fall Nekane ist, dass die Folter gut dokumentiert ist. Während die Folterer normalerweise darauf achten, dass ihr Werk möglichst wenig Spuren hinterlässt, war Nekane, als sie nach der Incomunicado-Haft ins Untersuchungsgefängnis gebracht wurde, in einem so schlechten Zustand, dass der dortige Arzt diesen genau dokumentierte. Bei Mikel Egibar hingegen gelten die Folttervorwürfe als glaubwürdig, weil sein Fall auf Grund des international anerkannten Istanbul-Protokolls (vgl. Kasten) untersucht wurde.

Exemplarischer Fall

Der Fall Nekane zeigt auf zwei verschiedenen Ebenen, welche Prioritäten die Schweiz hat. Das Bundesamt für Polizei und Justiz muss sich doppelt entscheiden, was für sie wichtiger ist, einerseits beim Auslieferungsantrag des spanischen Staats, andererseits beim Asylgesuch von Nekane: Es geht um die diplomatischen Beziehungen zu einem anderen Land oder um den Menschen. Denn es ist nicht vorstellbar, dass die Folttervorwürfe vollumfänglich verneint werden, die Beweise dazu sind zu klar. Wenn nicht im Fall Nekane, wie muss der Fall aussehen, in dem die Folter anerkannt wird? Es zeigt sich klar, dass es ausschliesslich um wirtschaftliche und deshalb diplomatische Interessen geht, ein Foltterfall wird nicht auf Grund von Fakten als glaubwürdig eingestuft, sondern auf Grund von Überlegungen zu den wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zum Land, das unter Foltterwurf steht.

So gesehen wäre es logisch, dass die Schweiz Nekane



Alle Infos zu Nekane gibt es auf www.freenekane.ch

Txapartegi an den spanischen Staat ausliefert. Aber natürlich bewegen sich solche Entscheidungen immer in einem dialektischen Spannungsfeld. Das ist das „Dilemma“, das in gewissen Medien erwähnt wurde. Und in diesem Spannungsfeld ist es möglich, als politischer Mensch, als politische Organisation oder Gruppe einzugreifen. Der Entscheid, Nekane auszuliefern, wird erschwert, wenn sich die Behörden, die ihn treffen müssen, bewusst sind, dass Widerstand auf der Strasse zu erwarten ist. Der Widerstand, der sich auf vielen Ebenen formiert hat, hat es den Behörden verunmöglicht, Nekane einfach sang- und klanglos auszuliefern, denn sie wussten, dass sie für den Entscheid kritisiert werden würden.

Aktuelle Situation bei Redaktionsschluss

Bei Redaktionsschluss Anfang Dezember 2016 war Nekane Txapartegi immer noch im Gefängnis und wartete auf den ersten Entscheid des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement. Sie freut sich über Briefe oder Postkarten. Bitte immer eine vollständige Absenderadresse angeben, da die Post sonst zurückgehalten wird. Ihre Adresse: Nekane Txapartegi, Gefängnis Zürich, Rotwandstrasse 21, 8036 Zürich. Für aktuelle Infos: www.aufbau.org, www.freenekane.ch

MERKE!

Korrektur von letzter Zeitung: Wann immer Demonstrationen oder Kundgebungen in Zürich stattfinden, sind sog. «Szenenkenner» der Stadtpolizei Zürich mit dabei; einmal mehr, einmal weniger versteckt.

Die «Szenenkenner» haben diverse Funktionen. Zum einen sollen sie vor Ort die Lage einschätzen und in Kontakt mit der Einsatzzentrale ihr Vorgehen koordinieren, falls es am bereits gefassten Einsatzszenario etwas zu ändern gäbe.

Zum anderen schätzen sie die Mobilisierungen im Vorfeld ab. Wer mobilisiert für welches Thema, was ist zu erwarten. Entsprechend wird das Einsatzszenario aufgestellt.

Zudem sind ihre Analysen immer auch Grundlage für die nationale Lageeinschätzung, zuhanden des Nachrichtendienst des Bundes (NdB).



Teil II: Neue Kultur, Politik und Produktionsweise

KEIME DES KOMMUNISMUS Die Kulturrevolution in China ist ein bedeutender Orientierungspunkt im Kampf für revolutionäre Veränderungen in der Übergangsphase vom Sozialismus zum Kommunismus. Diese Erfahrungen sind wichtig, um konkrete Vorstellungen davon zu bekommen, für welche Perspektive wir kämpfen.

(agkkzh) Die Kulturrevolution (KR) war wohl die grösste Mobilisierung proletarischer Massen in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. Sie erfasste auch die letzten Winkel des chinesischen Alltags. Ziel der mobilisierten Studierenden, SchülerInnen, ArbeiterInnen und BäuerInnen war es, eine drohende Machtübernahme von Parteifunktionären, «die den kapitalistischen Weg gehen wollten», zu verhindern. Und nicht nur das, eine neue proletarische Revolution stand auf der Tagesordnung. Ein zentrales Ziel war, den Überbau, in dem bürgerliche Denkweisen wieder eine grosse Rolle spielten, fundamental zu verändern, daher Erziehung, Literatur und Kunst umzuformen.

Die grundlegende Idee, proklamiert im 16-Punkte-Programm vom 8. August 1966, zielte auf die Entfesselung eines politischen Kampfes, der den Massen die Möglichkeit bot, sich frei zu den herrschenden Zuständen zu äussern und ohne Zwang verschiedene Positionen zu vertreten. Dieser revolutionäre Prozess sollte vielfältige organisatorische Formen hervorbringen und letztlich zur Bildung von neuen revolutionären Machtorganen in den Fabriken, Bergwerken, in der Erziehung/Bildung und dem Staat führen. Die Funktion der Kommunistischen Partei war es, diesen Klassenkampf zu unterstützen. Der Aufbauprozess der neuen Macht orientierte sich an der Pariser Kommune. Was auf diesem Weg alles erreicht wurde, soll am Beispiel der Kommune von Shanghai 1967 aufgezeigt werden.

Allerdings überstürzten sich teilweise die Ereignisse, und die Dynamik der Bewegung führte zu politischen Weiterungen, die kaum mehr zu kontrollieren waren. Der Klassenkampf erfasste die gesamte Gesellschaft inklusive die Volksarmee und die Kommunistische Partei und wurde verschiedentlich auch bewaffnet geführt. Klassenfeinde wurden hart angepackt. Unzählige politische Gruppen mit verschiedensten Positionen bildeten und bekämpften sich teilweise. Die Lage war zeitweise unüberblickbar, Fehler unvermeidlich. Es ist wichtig, den Widerspruch zwischen der proklamierten politischen Linie und der tatsächlichen praktischen Umsetzung dieser Linie anzuerkennen, und gleichzeitig diesen Widerspruch in Bezug auf die realen gesellschaftlichen Kräfte zu behandeln.

Die Kommune von Shanghai

Im Januar 1967 steuerte die KR ihrem Höhepunkt entgegen. In Shanghai, der grössten Industriestadt Chinas, brodelte es. Hunderte von Gruppen revolutionärer ArbeiterInnen und StudentInnen bezogen sich auf die «Deklaration der 16 Punkte» als politische und ideologische Waffe, um den Aufbau des Sozialismus vorwärts zu bringen. Bereits im November 1966 hatten sich 30–40 000 ArbeiterInnen aus 470 Fabriken zu «Shanghais Hauptquartier der revolutionären ArbeiterInnen-Rebellen» formiert. Im «Januarsturm» gelang es ihnen, die Kontrolle der Stadtverwaltung zu übernehmen, sich der alten lokalen Parteistruktur zu entledigen und die Kommune von Shanghai zu gründen. Die bürokratische Administration wurde durch eine Volksregierung ersetzt, welche anfänglich praktisch alle hohen Kader der Partei und die Beamten der Stadt ausschloss. Die neuen Leitenden, welche die verschiedenen Massenorganisationen repräsentierten, konnten jederzeit gewählt und abgewählt werden, ganz nach Vorbild der Pariser Kommune.

Handfeste Linienkämpfe

Um den revolutionären Prozess aufzuhalten, setzten die bürgerlichen Kräfte Shanghais alle erdenklichen Mittel ein. Konservative Roten Garden wurden aufgestellt und gegen die revolutionären Garden eingesetzt. Streiks in Fabriken, im Hafen und Zugbahnhof angezettelt, wichtige Losungen und Artikel nicht gedruckt, Züge in die Pampa umgeleitet, in denen Delegierte zu Versammlungen hätten fahren sollen etc. Die Linienkämpfe fanden auf allen Ebenen und in allen Bereichen statt.

Im Januar 1967 gelang es den organisierten Massen die zwei grössten Zeitungen unter ihre Kontrolle zu bringen und wichtige Aufrufe an die Bevölkerung Shanghais zu richten. Weiter wurde die Macht über das Büro der Eisenbahnen und den Bahnhof Shanghais übernommen, worauf wieder überlebenswichtige Kohle in die Stadt eingefahren werden konnte. Am 11. Januar übernahmen einige Tausend Mitglieder des Dritten Hauptquartiers der Roten Garden von Shanghai die Macht über das Departement der öffentlichen Sicherheit. Am Mittag wurde die Volksbank und ihre diversen



Eine Gruppe «gebildeter Jugendlicher» wird in der Stadt Acheng am 28. April 1965 verabschiedet

Filialen besetzt, ein Komitee zur Überwachung der Produktion eingesetzt und das Büro der maritimen Navigation übernommen. Kurz danach konnten 37 Schiffe, die blockiert gewesen waren, wieder ausfahren. Durch die Machtübernahme der linken Kräfte in allen wichtigen strategischen Bereichen konnte auch die Produktion wieder aufgenommen werden. Die Losung hiess: Revolution und Produktion nebeneinander betreiben.

Dreiverbindungen gegen rechts und ultra-links

Doch nicht nur Angriffe der Revisionisten blockierten die revolutionären Prozesse, auch interne Fraktionskämpfe waren hinderlich. Eine Einheit aller Roten Garden war nicht möglich. So gab es bspw. Positionen mit der Losung «alles in Frage stellen, alle bekämpfen». Dagegen stellte sich die proletarische Position auf den Standpunkt, dass man nicht den Hauptfeind aus den Augen verlieren und sich auf Nebenschauplätzen aufhalten dürfe. Innerhalb der Prozesse war permanente Bewusstseinsarbeit notwendig um Erkenntnisse für den richtigen Weg zu gewinnen. Auch der Ausschluss von mittleren, teilweise auch hoher Kader, die Idee der reinen Bewegung, wurde von der maoistischen Linie kritisiert. Die Mehrheit der Kader sei in der Lage, sich selbst zu kritisieren und den revolutionären Weg unter Kontrolle der Massen wiederzufinden. Ziel war nicht der Sturz der alten Kader in grossem Massstab, sondern eine grosse Erziehungsbewegung, die die Weltanschauung der Massen und der Kader tiefgehend transformieren sollte. Deshalb wurden Revolutionskomitees auf der Basis der Dreiverbindung gegründet. Diese verbänden führende Kräfte der revolutionären Massenorganisationen, Mitglieder der lokalen Einheiten der Volksbefreiungsarmee oder der Milizen und revolutionäre Kader der Partei. Diese sollten die revolutionäre Entwicklung stabilisieren, ein Ausufer des Chaos eindämmen. Aber auch alte Erfahrungen und Fähigkeiten einbinden und mit den enthusiastischen jungen RevolutionärInnen zusammen bringen, Partei und Armee mit den Massen verbinden. Diese wurden als neue Organe der Macht verstanden. Die maoistische Linie betonte auch stets die Wichtigkeit einer starken Kommunistischen Partei, um die revolutionären Prozesse anführen zu können. Am 5. Februar 1967 wurde auf dem Platz des Volkes in Shanghai vor mehr als 1 Mio. Menschen die Volkskommune von Shanghai ausgerufen.

«Im Verlauf der Debatte sollte jedeR RevolutionärIn imstande sein, die Dinge für sich zu überlegen und den kommunistischen Geist zu entwickeln, nämlich zu denken, zu sprechen und zu handeln wagen.» (Punkt 6 des 16-Punkte-Programms der KR)

Neue Formen der ArbeiterInnenmacht – die Milizen

Weiter wurde versucht, die bewaffneten ArbeiterInnen-Milizen aufzubauen, was zu einer schnellen Entwicklung der sog. «Zweiten bewaffneten Kraft» in Shanghai führte. Diese bestanden hauptsächlich aus Milizen der städtischen ArbeiterInnen unter der Kontrolle der Roten Garden. Die reguläre Armee durch Milizen zu ersetzen wurde bereits von Marx in der Pariser Kommune als einer der wichtigsten Gütestempel gesehen und von den chinesischen KommunistInnen als ein weiterer Weg gesehen, die «Diktatur der Massen» anzuwenden. Am 1. September 1967 wurde das Shanghai Hauptquartier der «Wengong Wuwei» gebildet (mit Worten angreifen und sich mit Waffen verteidigen). Wang Hongweng ordnete bei zwei Shanghai Fabriken an, Waffen für die Rebellenmilizen zu produzieren. Gleichzeitig wurden schwere Waffen aus Armeebeständen den ArbeiterInnenmilizen ausgehändigt. 1970 hat-

Kulturrevolution

Von 1966–69 dauerte das Experiment der chinesischen Kulturrevolution. Um die Erkenntnisse daraus weiterwirken zu lassen, befassen wir uns in einer dreiteiligen Serie mit diesem bedeutenden historischen Ereignis. Im ersten Teil versuchten wir, die bürgerliche Geschichtsvmittlung zu demaskieren. Im zweiten Teil dokumentieren wir konkrete Beispiele der neuen Kultur, Politik und Produktionsweise. Im dritten Teil geht es um das Fortwirken und Verallgemeinern der Erkenntnisse aus der Grossen Proletarischen Kulturrevolution.

ten bereits alle Betriebe Milizteams mit einer Anzahl von 29 000 KämpferInnen. 1973 waren mehr als 100 000 ArbeiterInnenmilizen gebildet worden, die aus zahlreichen Bodentruppen, fünf Artillerie-Batallionen, drei Flugabwehr Maschinengewehr-Kompanien und einem Motorrad-Regiment bestanden. Am 17. Januar 1975 wurde der legale Status der Volksmilizen in die neue Verfassung aufgenommen. Die Volksmiliz wurde als ebenso wichtig wie das stehende Heer erachtet. Gegen Ende der KR hatte die von den Roten Garden kontrollierte Shanghai-Miliz 3 000 000 SoldatInnen mit 226 000 Gewehren ausgestattet, 1900 Kanonen, 2600 Raketenwerfern, 500 Panzern und einem Kriegsschiff.

Die Kommune von Shanghai und ihre Organismen waren in ihrem Wesen nach Formen der ArbeiterInnenmacht. Nie zuvor waren so viele ArbeiterInnen-Garden in den Machtorganen repräsentiert, so viele chinesische ArbeiterInnen mit Gewehren und Artillerie bewaffnet. Nie zuvor waren chinesische ArbeiterInnen mit einem solchen proletarischen Selbstbewusstsein ausgestattet, welche Staat und Gesellschaft so entscheidend lenkten. 1973 hatten rund 40 000 ArbeiterInnen in Shanghai führende Positionen in den Fabriken, anderen Arbeitseinheiten und höheren städtischen Organen.

Rasante ökonomische Entwicklung

Unter der Führung der bewussten ArbeiterInnenklasse erreichte Shanghai in den Jahren der KR grosse politische und ökonomische Erfolge. Von 1966–70 erhöhte sich der Produktionswert von Industrie und Landwirtschaft jährlich um 10%, von 1971–75 um 41,9%. Shanghais ArbeiterInnen unterstützten auch andere Regionen und internationale Gemeinschaften mit ihrer Arbeitskraft, so waren über eine halbe Mio. FacharbeiterInnen auf dem Land und ärmeren Regionen des Landes beschäftigt. Auch behielt Shanghai nur 10% des Mehrwerts, um den Rest an das nationale Budget abzuliefern und Regionen wie Xinjiang und Tibet zu unterstützen.

Das Absterben des Staates

Die Früchte des Januarsturms brachten neue Formen revolutionärer Staatsstrukturen hervor. Einerseits war die Kommune von Shanghai nicht eine totale Negation der Partei und des Staates – dafür waren die Verhältnisse noch nicht reif genug, weshalb auch der Begriff «Kommune» später durch «Revolutionskomitee von Shanghai» ersetzt wurde. Andererseits hatte das Shanghai Revolutionskomitee tatsächlich einige Charakteristiken der kommunalen semi-staatlichen Machtorgane. Mit der Formation der Revolutionskomitees durchlief die alte Staatsmaschinerie grosse Veränderungen. Das alte System, welches mit starker Unterstützung der regulären Armee, Polizei und Justiz und des bürokratischen Systems funktioniert hatte, und welches von der systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft herrührte, wurde umgeworfen. In gewissem Mass begann die alte Staatsmaschinerie den langen Prozess des Absterbens. Die stehende Armee wurde dazu gedrängt, in der Produktion zu partizipieren und eine grosse Schule der Revolution zu bilden. Das alte Shanghai Parteikomitee und das Volkskomitee wurden aufgehoben, bzw. kombiniert, um eine einzige Struktur zu bilden. Diese Vereinheitlichung von Partei und Regierung unter einer einzigen administrativen Struktur kam dem Ideal von Marx' Kommunalem Staat näher, in dem die Machtorgane eine arbeitende Struktur sind, «Exekutive und Legislative gleichzeitig» bildeten. An dieser Vorstellung hatten sich auch die russischen Räteorganisationen, die Sowjets, orientiert. Unter der neuen Struktur der Revolutionskomitees wurden die AdministratorInnen auch aus ArbeiterInnen gebildet, die von den Massenorganisationen vorgeschlagen oder gewählt wurden. Auch die alten Kader mussten von den Massenorganisationen neu vorgeschlagen werden. Dies bedeutete, dass Kader, die nicht vorgeschlagen wurden, ihre führenden Funktionen in den neuen Machtorganen verloren. Zwingend war zudem eine Teilhabe an körperlicher Arbeit. Alle diese Massnahmen sollten dem Aufbau des Semi-Staates und schlussendlich der staatenlosen kommunalen Gesellschaft dienen.

Fortsetzung auf Seite 14

«Chancen und Gelegenheiten» in Lateinamerika

LATEINAMERIKA Mit den neuen neoliberalen Regierungen in Argentinien und Brasilien, einer starken Opposition in Venezuela und Donald Trump als neuer us-amerikanischer Präsident werden in Lateinamerika die Karten neu gemischt.

(gpw) In Anbetracht der jüngsten neoliberalen Wende in einigen bedeutenden lateinamerikanischen Ländern sehen auch die Europäische Kommission und treibende konservative Kräfte in Europa die Möglichkeit einer Stärkung der Beziehungen. Es scheint sich in der EU eine Erleichterung breit zu machen, weshalb vor kurzem die Konrad Adenauer-Stiftung zusammen mit der Fraktion der konservativen Europäischen Volkspartei über die «Chancen und Gelegenheiten» und einem möglichen «Wendepunkt in den Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika» diskutierten. Auch real zeigt sich verstärkt eine Tendenz Richtung Freihandel. So haben in den vergangenen Monaten, die seit 16 Jahren andauernden Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag mit dem südamerikanischen Handelsverband «Mercosur» (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Venezuela und fünf weitere assoziierte Länder aus der Region) wieder an Dynamik gewonnen. Mit Ecuador wurde eine Handelsvereinbarung unterzeichnet.

Wie man Märkte und Ressourcen ausbeutet

In den 2000er Jahren hatte vor allem die BRD grosses Interesse an einem Freihandelsabkommen mit dem Staatenbund «Mercosur» und besonders an einer engen Kooperation mit Brasilien, der stärksten Kraft in Lateinamerika. Ziel war es, die europäische Position unabhängig von der USA zu stärken. Brasilien bot sich doppelt an: Einerseits war das Land unter Lula da Silva und danach unter Dilma Rousseff genauso an mehr Unabhängigkeit interessiert, machte sich jedoch andererseits keiner sozialistischer Absichten verdächtig, wie dies z.B. in Venezuela der Fall ist. Seit einigen Jahren hat sich der Blick jedoch auch weiter Richtung Westen verschoben, hin zur Pazifik-Allianz. Diese Allianz wurde 2012 gegründet und stellt einen Zusammenschluss der neoliberal regierten Pazifik Anrainerstaaten (Mexiko, Kolumbien, Peru und Chile) dar. Sie versteht sich sowohl als Gegengewicht zum taumelnden ALBA-Bündnis, welches sich um Venezuela und Kuba bildete, als auch als Stärkung der transpazifischen Wirtschaft. Sie hat gute Kontakte nach Washington und legt ihren Kooperationsschwerpunkt auf die Pazifik-Verbündeten der USA wie Australien, Singapur und Japan, d.h. sie festigt die Bündnisstrukturen der USA und der EU gegen China.

Dies hat auch seinen Grund: China ist mittlerweile auch in Lateinamerika ein ökonomisches Schwergewicht geworden. So kündigte der chinesische Staatspräsident Xi Jinping 2015 an, dass China 250 Milliarden Dollar in der Region investieren wolle. Diese Ankündigung musste Firmen in Europa und in den USA alarmiert haben. Vor allem die USA sehen in La-



Es liegt an ihnen: Demo gegen die neoliberale Politik von Mauricio Macri, Argentinien.

teinamerika nach wie vor als ihren Hinterhof. Ob sich mit Donald Trump die Parameter hier verschieben werden, ist fraglich. Es handelt sich in Mittel- und Südamerika nicht nur um potentielle Märkte, sondern auch um Rohstofflieferanten. So sind beispielsweise Länder wie Peru und Chile wichtige Lieferanten metallischer Rohstoffe für Firmen in Europa. In Bolivien, im Salar de Uyuni, liegen die grössten Lithiumvorkommen der Welt. Die Schätzungen gehen über 5.4 Millionen Tonnen. In Zeiten der «green econom» und Elektromobilität ein gewaltiges Potenzial. Jedoch hat einer der letzten Spielverderber in der Region, der Präsident von Bolivien, Evo Morales, angekündigt, er wolle die Verarbeitung, sprich den Bau von beispielsweise Akkufabriken in Bolivien behalten.

Kooperationen für hüben und drüben

Die EU hat mit allen Mitgliedern der Pazifik-Allianz Freihandelsabkommen geschlossen und auch auf militärischer Ebene wurde der Ausbau der Beziehungen in Angriff genommen. So hat beispielsweise Kolumbien als Zeichen des guten Willens ein Kriegsschiff zur Unterstützung der EU-Operationen am Horn von Afrika entsandt. Es kann davon ausgegangen werden, dass das kolumbianische Militär auf weitere Einsätze in ferne Länder wartet, zumal der Friedensvertrag mit der FARC-Guerilla nun vom Parlament gebilligt wurde und das hochgerüstete sowie breit ausgebaute Militär Beschäftigung braucht. Auch haben die Streitkräfte jahrzehntelange Erfahrungen in der Aufstandsbekämpfung, was eine Kooperation umso interessanter macht. Angela Merkel hat beim Besuch des mexikanischen Präsidenten Peña Nieto angekündigt, in

Zukunft sowohl die Polizei wie auch das Militär durch deutsche Militärs aus- und fortzubilden. Auch der neue starke Mann in Argentinien will beim Ausverkauf seines Landes eine führende Rolle übernehmen. So soll in Ushuaia (Feuerland) eine US-Militärbasis gebaut werden. Zudem macht er sich für einen Beitritt zur Pazifik-Allianz stark.

Bündnisse gegen China

Selbstverständlich ist auch die EU und an vorderster Front die BRD dank der Neuausrichtung Argentiniens an einer Zusammenarbeit interessiert. Dabei ist die Pazifik-Allianz als ein Puzzleteil eines Bündnissystems gegen China zu verstehen. So gehören Chile, Peru und Mexiko nicht nur zur Pazifik-Allianz, sondern auch zum «Trans-Pacific Partnership» (TPP), einem von den USA initiierten Zusammenschluss, der die beteiligten Länder stärker an die USA binden soll. Somit hilft die EU aktiv an einer Bildung von Bündnissen und Netzen gegen China. Es ist klar: heute sind diese Kooperationen vor allem ökonomischer Natur. Seit dem Bürgerkrieg in der Ukraine weiss jedoch die ganze Welt, dass Blockbildung schnell auch militärische Dimensionen annehmen können. Ob sich diese Variablen mit den Entwicklungen in Nord- und Südamerika verändern, bleibt abzuwarten. Trump zumindest hat die Kündigung des TPP angekündigt. Sollte sich wider Erwarten den aktuellen Trends eine linke Regierung in Lateinamerika behaupten können, hat man mit dem Putsch in Honduras (2009), und den sogenannten kalten Staatsstreich in Paraguay (2012) und Brasilien (2016) Erfahrungen gesammelt, um ohne grossen internationalen Aufschrei für Ruhe und Ordnung sorgen zu können.

Fortsetzung von Seite 13

Die Rechten reissen das Steuer an sich

Schlussendlich jedoch standen grosse Teile der Armee rechts, zum Teil aus Eigeninteressen, zum Teil aus Angst, der Aufruhr und die chaotischen Zustände könnten den Aufbau des Sozialismus gefährden. Auch aussenpolitisch war die Situation äusserst heikel. Der Vietnamkrieg tobte, die USA standen vor der Tür, mit der SU war der Bruch vollzogen worden.

Der erste Rotgardist wurde am 5. Februar 1967 in Huhehaote, Mongolei, von der Armee während eines sit-ins vor der Tür des Militärdistrikts erschossen. Han Tong, 24-jährig, rebellierte gegen die konservativen lokalen Armeemitglieder. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung wurden, je nach Quellen, zwischen 32 554 bis zu mehr als Hunderttausend RebellInnen verhaftet. Da im ganzen Land ähnliche Auseinandersetzungen stattfanden wird die Anzahl Verhafteter zu diesem Zeitpunkt auf mindestens 1 Mio. Menschen geschätzt.

In der Provinz von Qinghai, im Nordosten des Landes, hielten Rote Garden die Räumlichkeiten der Zeitungsredaktion von Qinghai Daily besetzt, als Truppen unter Vize-Kommandant Zhao Yongfu dieses umlagerten und am 23. Februar mehr als 300 RevolutionärInnen töteten, viele verletzten und die restlichen ins Gefängnis steckten. In Sichuan exekutierten die Autoritäten zahlreiche RevolutionärInnen in verschiedenen Städten. In Wanxian z.B. fusilierte die Armee 170 RebellInnen. Weitere Exekutionen und Verhaftungen von revolutionären Organisationen fanden im ganzen Land statt. Betroffen waren z.B. «Der 18. August», die «Kommune des 7. Februar», das «Hauptquartier der Metallarbeiter» in Hubei, das

«Vorbereitungskomitee der Grossen Allianz» und andere mehr. Sie wurden als «Konter-Revolutionäre» gebrandmarkt und aufgefordert, ihre Organisationen aufzulösen.

Die weiteren schweren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen revolutionären Kräften und jenen, die den kapitalistischen Weg gehen wollten, führten letztlich zur Niederlage der KR. Der revisionistische Staatsstreich 1976 machte den «neuen sozialistischen Dingen» ein Ende. Auch die ProtagonistInnen der Kommune von Shanghai wurden hingerichtet oder ins Gefängnis gesteckt und die ArbeitervertreterInnen in den Betrieben entlassen. Die möglichen Ursachen für diese Entwicklung werden wir in Teil III behandeln.

Nichtsdestotrotz sind die Erfahrungen der KR – die Weiterführung der Klassenkämpfe in der Übergangsphase des Sozialismus, das Bündnis der RotgardistInnen mit den ArbeiterInnen, das Zusammensetzen der Studieren-

den aus den arbeitenden Klassen, die Heranführung der AkademikerInnen und Kader an die produktive Arbeit, die Dreierverbindungen in den Betrieben und in der Verwaltung, die Volkskommunen auf dem Land, die Bekämpfung der patriarchalen Strukturen – ein ausserordentlicher Sprung in der revolutionären proletarischen Geschichte und für uns eine Quelle für wichtige Erkenntnisse zur Entwicklung einer kommunistischen Perspektive.

Weitere konkrete Beispiele zur Aufhebung der Gegensätze zwischen Frau und Mann, Land und Stadt sowie Hand- und Kopfarbeit, sind in der langen Version des Artikels auf unserer Webseite zu finden.

Quellen: Hongsheng Jiang: La Commune de Shanghai, 2014, éditions La fabrique; Zhong Xueping: Some of Us: Chinese Women Growing Up in the Mao Era, 2001; Bettelheim, Macchiocchi: China 1972, Wagenbach 1973; u.a.

Chronologie der Ereignisse in China

1921	Gründung der Kommunistischen Partei; es folgen 22 Jahre Volkskrieg
1945	Sieg über den japanischen Imperialismus; es folgt der Bürgerkrieg zwischen der KPCh und der Kuomintang (bürgerlich nationalistische Bewegung)
1949	Sieg über die Kuomintang und Ausrufung der Volksrepublik China
1953	Debatten gegen die rechte Linie der KPCh; es bestehen freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion
1958	Bewegung «Drei Rote Fahnen»: Volkskommunen, Grosser Sprung Vorwärts, Massenlinie
1959-62	Interne Debatten zwischen China und der SU über den Revisionismus; Erstarken der revisionistischen Kräfte auch in China und Rückschritte auf dem sozialistischen Weg
1962-64	Öffentliche Kritik Chinas am Revisionismus der KPdSU = Ende der Freundschaft
1963-65	Sozialistische Erziehungsbewegung als Gegenoffensive zum revisionistischen Vormarsch
1966-69	Grosse Proletarische Kulturrevolution = Mobilisierung der Massen zur Kritik und Absetzung revisionistischer Kader in Partei, Staatsorganen, Universitäten, Produktionsstätten, etc. und zur Übernahme der realen Macht in allen Bereichen

Streifzug durch die linke Buchmesse

LITERATUR Vom 4. bis zum 6. November 2016 fand in Nürnberg die 21. Linke Literaturmesse statt. Zahlreiche Verlage stellten ihre Werke vor und manche Bücher wurden im Rahmen von Veranstaltungen präsentiert. Wir wollen die Gelegenheit nutzen, einige Bücher näher vorstellen.

(az) Die Linke Literaturmesse vermittelt mitunter einen Eindruck, wo die ausserparlamentarische deutsche Linke heute steht. Es ist lehrreich zu verstehen, mit welchen Fragen und Widersprüchen sie sich befasst, welche Themen und Theorien Eingang in die Bewegung finden und welche aussen vor bleiben. Zwei Aspekte wollen wir aber vorweg nehmen: Arbeitskämpfe und grosse Streiks wurden dieses Jahr vor allem aus historischer Sicht behandelt. Und uns interessierten ganz besonders die konkreten Erfahrungen aus den Bewegungen in Deutschland wie auch international, wengleich die Auswahl etwas allzu sehr europäisch ausgefallen ist. Von diesen praktischen Erfahrungen zu lernen hilft, die Bewegung auch hier voranzutreiben. Ein Besuch in der fränkischen Stadt lohnt sich auf jeden Fall, und vermutlich auch nächstes Jahr.

«Proleten – Pöbel – Parasiten, warum die Linken die Arbeiter verachten»

Christian Baron, Verlag das neue Berlin

Der junge Autor stammt aus einer Hilfsarbeiterfamilie aus Kaiserslautern und schaffte den sozialen Aufstieg durch den Sprung an die Universität. Während seiner Politisierung stellte er immer wieder die tiefen kulturellen Gräben fest, welche ihn als Arbeiterkind von den akademisch geprägten Linken trennten.

Als Buchautor gelingt es ihm, seine persönlichen Erfahrungen mit der Ebene einer Gesellschaftskritik sowie der Kritik an den deutschen, tendenziell studierten AktivistInnen zu verbinden. „Klassenhass ist überall“ besagt das erste Kapitel; und was Thilo Sarrazin in offen sozialdarwinistischer Form zu Papier brachte, reproduzieren die bildungsbürgerlichen Mittelstands-Linken in unbewusster Form weiter. Christian Baron plädiert letztlich für einen «linken Populismus» und für eine politische Sprache, die potenziell alle verstehen können. Er versteht sein Buch nicht als Abrechnung mit der politischen Linken, auch da er dieser selber angehört. Dafür spricht er sich eindringlich dafür aus, die Interessen und Nöte der ArbeiterInnen in politischen Debatten und Kämpfen endlich ernst zu nehmen und diese höher zu gewichten als Debatten über politisch korrekten Konsum und ähnliches.

«Kunst und Kampf»

Bernd Langer, Unrast Verlag

Ende der Siebzigerjahre politisiert sich Bernd Langer in der autonomen Szene Westdeutschlands. Das Buch «Kunst und Kampf» thematisiert die Gründe für die massenhafte Politisierung dieser Generation und die Frage, wie sich die Ästhetik des Widerstands in dieser Phase entwickelte. Doch dieses Buch ist vor allem autobiographisch, denn Bernd Langer war Mitinitiant der Gruppe «KuK» (Kunst und Kampf) und hat Unmengen von Agitprop mitentwickelt. Den Stil der autonomen Antifa war während den Neunzigerjahren massgeblich von der Gruppe «KuK» geprägt. Alleine aus diesem Grund lohnt sich ein Blick in das Buch.

Die kontroverse Frage nach antifaschistischer Bündnispolitik nimmt aber auch Platz ein: Bernd Langer sprach sich für eine solche aus und polarisierte damit. Bernd Langer stellt mit seinem Buch letztlich eine Gesamtbetrachtung über vierzig Jahre antifaschistische Kunst in der Bundesrepublik dar. Das Buch sei allen empfohlen, die sich für revolutionäre Ästhetik und Antifaschismus interessieren.

«Der kurze griechische Frühling - Das Scheitern der Syriza und seine Konsequenzen»

Andreas Wehr, Papyrossa Verlag

Die Syriza stellte sich mit ihrem Wahlsieg im Januar 2015 als grosse Hoffnungsträgerin der verarmten griechischen Bevölkerung und auch der europäischen Linken dar. Letztlich tat sie aber nichts anderes, als die Krise für die herrschende Klasse abzuwickeln und auf den Rücken der arbeitenden Klasse zu verlagern. Die neuen, unter der Syriza entstandenen Bedingungen sind noch viel härter als die vorangegangenen. Somit ist der Niedergang der Syriza in Griechenland eine empfindliche Niederlage für das Referenzprojekt der reformistischen Linken in Europa. Denn es sind heute wieder rechtsbürgerliche Kräfte denen es gelingt, etwa RentnerInnen gegen die Syriza auf die Strasse zu mobilisieren. Das kann nicht ohne Konsequenzen für linke Strategien in Europa sein, meint Andreas Wehr.



Unzureichend thematisiert wird die Frage, wie sehr die Regierungsbeteiligung der Syriza auch die politische Bewegung und den Druck der Strasse ausbremste. Und diese Frage wäre wichtig, stellt sich doch in Spanien mit der Partei „Podemos“ zeitlich etwas verschoben die fast identische Frage.

«Krisenproteste in Spanien – Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen»

Nikolai Huke, Edition assemblage

Das Buch gibt einen detaillierten Einblick in die Entwicklung sozialer Protestbewegungen in Spanien im Zusammenhang mit der Eurokrise. Was Andreas Wehr mit dem Buch über den kurzen griechischen Frühling verpasst, schafft Nikolai Huke besser: Die Widersprüchlichkeiten der politischen Kräfteverhältnisse auf den Strassen, ihre Chancen, Grenzen und reformistischen Gefahren zu erkennen und offen darzulegen.

Aufgrund der autoritären Austeritätspolitik entwickeln sich in Spanien neue Formen der radikal-demokratischen Selbstorganisation und des kollektiven Ungehorsams, etwa gegen Zwangsräumungen von Wohnungen in den Stadtquartieren. Die Kämpfe sind verblüffend: Sie haben eine riesige Akzeptanz in grossen Teilen der Bevölkerung, Frauen und MigrantInnen spielen darin ganz zentrale Rollen. Die politische Rechte wurde mit dieser Bewegung zunächst stark zurückgedrängt. Und die Bewegung orientiert sich stark an praktischen Alltagsfragen, hingegen ist sie nicht sehr ideologisch gefestigt. Das ist gleichzeitig eine Chance und auch eine Gefahr: Denn gleich wie in Griechenland droht das Problem, dass mit der neuen Partei «Podemos» die politische Bewegung der Strasse institutionalisiert, aufs parlamentarische Parkett kanalisiert und damit geschwächt wird. Das Buch macht neue politische Erfahrungen sichtbar, welche in den ganz konkreten Alltagskämpfen gesammelt werden.

«Die grosse Flucht – Ursachen, Hintergründe, Konsequenzen»

Conrad Schuhler, Papyrossa Verlag

Immer lauter wird in Europa die Forderung: „Grenzen zu und schneller abschieben“. Die herrschenden Klassen setzen spätestens seit den Anschlägen in Europa zunächst auf Abschottung. Doch die Situation ist in äusserst widersprüchlich. Es sind die imperialistischen Kräfte selber, welche Krieg, Destabilisierung und Umweltkatastrophen auf der ganzen Welt zu verantworten haben. Und ausserdem ist eine «industrielle Reservearmee» für das Kapital notwendig, um Arbeitskräfte in Europa unter Druck zu setzen und das Wirtschaftswachstum voranzutreiben. Willkommenskultur und rassistische Migrationspolitik sind also nichts als zwei Seiten der gleichen Medaille.

Conrad Schuhler plädiert für einen Klassenkampf, in dem die Flüchtlinge als Teil davon begriffen werden. «Solidarität statt Austerität» könnte dabei eine Parole sein, um die Kämpfe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei allen Widersprüchlichkeiten zu verbinden. Denn es geht auch darum, die politische Rechte zurückzudrängen und gemeinsame Perspektiven aufzubauen. Und dies, ohne sich von der zwischenzeitlich von der Bundesregierung ausgerufenen «Willkommenskultur» blenden zu lassen.

«Tschikweiber haums uns g'nennt»

Ingrid Bauer, Verlag die Buchmacherei

Die österreichische Historikerin Ingrid Bauer hatte in den Achtzigerjahren die Gelegenheit wahrnehmen können, ausführliche lebensgeschichtliche Gespräche mit den «Tschik-Weibern» zu führen. Die «Tschik-Weiber» waren die Zigarettenreherinnen aus Hallein, einer ländlichen und patriarchisch geprägten Kleinstadt in der Nähe von Salzburg. Die «Tschik-Weiber» spielten in der lokalen ArbeiterInnenbewegung der Zwischenkriegszeit eine zentrale Rolle, weil es ihnen Dank selbstbewusster Organisation gelang, sich gegen Vorarbeiter und Ehemänner zu behaupten. So erkämpften sie sich das durchschnittlich höhere Salär als die meistens männlichen Arbeiter im benachbarten Salzwirk, was in Zeiten grassierender Angst und Arbeitslosigkeit sowie einer ausgesprochen patriarchalen Gesellschaftsstruktur aussergewöhnlich ist.

Als Betriebsrätin fungierte Agnes Primocic. Die Interviews mit ihr sind Bestandteil dieses Buches. Sie erzählt, wie ihr Bewusstsein ab 1921 massgeblich durch die Fabrikarbeit geprägt wurde und wie sie während der Arbeit ihren KollegInnen aus Büchern vorgelesen hat: Etwa über die Rechte am Arbeitsplatz oder «wie das ist mit dem Orgasmus». Gegen Ende des Austrofaschismus gelang es ihr, lokale KZ-Häftlinge mit einem Trick zu befreien. Agnes Primocic verstarb 2007 im Alter von 102 Jahren in Hallein.

Peter Weiss, ein kämpfender Autor

JUBILÄUM Peter Weiss wäre am 8. November 2016 hundert Jahre alt geworden. Sein Werk durchzieht die Frage, wie Unterdrückung und Fremdbestimmung durch Kulturarbeit aufgehoben werden können. Daneben thematisiert es einen produktiven Umgang mit der realsozialistischen Geschichte und innerlinken Widersprüchen.

(rabs) «Ich war auf dem Weg, auf der Suche nach einem eigenen Leben.» Mit diesen Worten beendet der Ich-Erzähler seinen «Abschied von den Eltern», eine autobiographische Erzählung voller suggestiver, phantastisch-grausamer Kindheitsbilder. Geboren wurde Peter Weiss 1916 mitten in den Krieg, ein Jahr vor der Oktoberrevolution. Die Suche nach dem eigenen Leben führt ihn zu den sozialen Kämpfen seiner Zeit. Diese begleitet er als Schriftsteller, indem er politische Eindeutigkeit und ästhetische Mehrschichtigkeit miteinander zu verbinden weiss. Das Resultat ist eine Literatur, die Kunst als Subversion versteht und Gegenkräfte zur Herrschaftsgeschichte herausarbeitet.

«Ästhetik des Widerstands»

Am 22. September 1937 betrachten der Erzähler und seine Freunde Coppi und Heilmann den Fries des Pergamonaltars, der auf der Berliner Museumsinsel ausgestellt ist (vgl. Kasten). Die Freunde werden sich bald trennen müssen, sie ziehen in den antifaschistischen Kampf nach Deutschland, Schweden und Spanien. Vorerst interpretieren sie aber – aller Dringlichkeit des politischen Handelns zum Trotz – geduldig die steinerne Altardekoration. Der Fries stellt einen kriegerischen Aufruhr, ein Durcheinander von Körpern dar; die sogenannte Gigantomachie der griechischen Mythologie. Während dieser erheben sich die Giganten gegen die olympischen Götter und werden in einem Weltensturz von unerhörtem Ausmass besiegt. Fortan warten sie im Tartarus, der tiefsten Tiefe der Erde, auf eine Möglichkeit, ihre Ketten zu sprengen und sich erneut einen Weg an die Oberwelt zu verschaffen. Als in der Erde schlummernde Revolutionäre durchziehen sie bereits die antike Literatur, wo sie von Griechen und Römern stets aufs Neue in die Tiefe verbannt werden. Auch auf dem Pergamonfries kündet ihre Unterwerfung von der Perspektive der Sieger, der sich die jungen Antifaschisten aber nicht beugen. Sie versuchen sich in einer alternativen Interpretation, die auf eine subversive Aneignung von Kunst zielt. Noch die triumphale Siegesssäule erzählt nämlich – aufgrund der Mehrdeutigkeit von Kunst – auch vom Leid der Kriegsgefangenen und überlistet damit das Repräsentationskalkül der Macht. So auch der Pergamonfries: Seine grotesk verzerrten Körperformen geben neben aller Verherrlichung der Olympier einen Blick auf die Unterworfenen frei, und auf die Gewalt dieses ursprünglich-mythologischen Klassenkampfes. Die darin brodelnde Energie wird sich auf Dauer nicht aufhalten lassen. Es ist die Kraft der vielen aus der Erdmutter geborenen «Giganten, Titanen, Kyklopen und Erinnyen», die Kraft des Geschlechts der «Irdischen» (I, 13), dem sich die Freunde zugehörig fühlen.

Von der bürgerlichen Schulbildung abgeschnitten, fehlt ihnen das in den damaligen Gymnasien vermittelte Wissen, das u. a. die griechische Mythologie umfasste. Gleichwohl bringen sie den Stein zum Sprechen und entreissen ihm eine andere als die dominierende Geschichte. Dies ist denn auch das Muster des Romans, der mythologische, kunsthistorische und gesellschaftstheoretische Theoreme nach widerstrebenden Stimmen befragt, während er gleichzeitig ein aktuelles Modell zur Aneignung von Bildung jenseits akademischer Institutionen vorstellt.¹ Eine solche Bildung hat u. a. den Vorteil, dass sie ohne den überheblichen Gestus auskommt, den institutionell legitimierte Abschlüsse auch in linken bzw. linksakademischen Kreisen leider noch zu häufig mit sich bringen. Coppi und seine Freunde lernen nicht, um mehr als andere zu wissen oder vom hohen Ross herabzuschauen auf vermeintlich «Ungebildete» und «Abgehängte» oder wie die abschätzigen Zuschreibungen unserer Tage sonst noch lauten. Sie lernen, um sich aus der Enge ihrer Betriebe zu befreien, um Mut, Kraft, List und Hoffnung auch aus der Auseinandersetzung mit Kultur und Ästhetik zu schöpfen.

Die Anstrengung, die dies bedeutet, bringt die «Ästhetik des Widerstands» auch sprachlich meisterhaft



Edward Munch, Arbeiter auf dem Heimweg, um 1914. In der mittleren, vorgebeugten Figur sieht der Ich-Erzähler seinen Vater.

zum Ausdruck. Die Eröffnungsszene auf der Berliner Museumsinsel erstreckt sich über hundert Seiten, die reine Beschreibung und handlungsarme Reflexion enthalten. Vor den Antifaschisten ragt die Wand des Pergamonfrieses in die Höhe; sie zu erklimmen und den Stein zum Sprechen zu bringen, strengt an, erfordert Konzentration und Geduld. Gleiches gilt für die LeserInnen: Wir stehen Steilwänden aus langen Satzperioden, Einschüben, Klammern, Beschreibungen und Interpretationen von Kunstwerken gegenüber, die schon ohne die Romanbrille eine Herausforderung darstellen. Keine Frage, das Buch ist sperrig und verweigert sich einem identifikatorischen Zugriff. Es nicht fertig zu lesen oder nur streckenweise in Angriff zu nehmen, ist daher nicht peinlich, sondern kann durchaus Methode sein – Marxens «Kapital» liest sich bekanntlich auch nicht über Nacht. Lassen wir uns aber darauf ein, so entdecken wir einen Text, der Worte findet «für einen Stoff, der allen gehörte, doch ungreifbar schien, / und was sich bisher der Sprache entzogen hatte, war jetzt / vernehmbar» (Vorübung, S. 135). Peter Weiss schreibt solches über Dante, den Dichter der «Göttlichen Komödie», mit dem die Romanfiguren ein Totengespräch führen. Die Worte gelten aber auch für Weiss' eigenes Werk, das hohe ästhetische Ansprüche stellt und ihnen gleichermaßen genügt. So weist der Roman trotz zehnjähriger Schreibezeit nämlich eine präzise Komposition auf, die sich u. a. darin zeigt, dass der Erzählfaden vom Anfang am Schluss wieder aufgenommen wird. Der Ich-Erzähler imaginiert sich ein zweites Mal vor den Pergamonfries und macht den nunmehr dialektisch erschlossenen Stein zum Ort des Gedächtnisses, in den auch die Geschichte der Protagonisten Einlass gefunden hat: «Coppi und meine Eltern würde ich sehn im Geröll, es würde pfeifen und dröhnen von den Fabriken, Werften und Bergwerken [...] Steine würden durch die Luft fliegen, Feuer und Blut würden aufschiesse.» (1195) Und dann gelingt er, der konjunktivische Griff «dieser weit ausholenden und schwingenden Bewegung, mit der sie den furchtbaren Druck, der auf ihnen lastete, endlich hinwegfegen könnten» (1196).

Über die Produktivität der Widersprüche

Eine Sprache finden für Ungesagtes und vermeintlich Unsagbares sowie angemessene Formen der Erinnerung, dies sind Themen, die Weiss schon vor der «Ästhetik» begleiten. In der «Ermittlung», seinem wohl bekanntesten Stück, setzt er sich über den Gemeinplatz der Nachkriegsliteratur hinweg, dass der Schrecken des Holocaust literarisch nicht darstellbar sei. Das Stück montiert Zeugenaussagen des Frankfurter Auschwitz-Prozesses zu einem Oratorium, das einen subtilen Einblick in die Funktionsweise des Vernichtungslagers und die personellen und ideologischen Kontinuitäten der NS- und der Nachkriegsgesellschaft gibt. Die elf Gesänge werden so zu einem Erinnerungsraum des Ortes der Vernichtung, dem der Jude Peter Weiss entkommen konnte.

Erinnern will der Autor aber auch an den Umgang mit Widersprüchen innerhalb der Linken. Denn so sehr Weiss für die Kämpfe der Unterdrückten Position bezog, so wenig tat er dies auf eine dogmatische oder rechthaberische Art und Weise. Motor seines Schaffens blieb stets der Zweifel, dem er auch seine Widerstandsprotagonisten aussetzt, etwa wenn sie mitten im spanischen Bürgerkrieg die Moskauer Prozesse diskutieren, wo eine «abweichende Ansicht [eine] verbrecherische Ansicht [ist]» (369). Wolfgang Fritz Haug schreibt, dass wir den Roman auch deswegen brauchen: Weil er eine schonungslos kritische Vergangenheitsbewältigung leistet, ohne das sozialistische Projekt preiszugeben. Dieser Geschichte begegnet Weiss auch andernorts auf unkonventionelle Weise. Etwa, indem er das Stück «Trotzki im Exil» als unorthodoxen Beitrag zum Lenin-Jahr 1970 publiziert. Weder Anfeindungen aus den eigenen Reihen noch ein Einreiseverbot in die DDR halten ihn in der Folge davon ab, Sozialismus und Freiheit nur gemeinsam denken zu wollen. Revolutionär zu sein, bedeutet für Peter Weiss, «nach Bewegung, nach Offenem, nach Abweisung des Fertigen [zu] streben, andrängend gegen Doktrin, den Fanatismus, die versteinerten Einschränkungen des Denkens» (Rekonvaleszenz, S. 18). Steine sollen ins Rollen gebracht werden – auch in unseren eigenen Köpfen.

¹Vgl. Kaspar Surbers Votum für Volksuniversitäten in der Woz («Bildet euch und andere, denn nun tut Wissen not», 46/16).

Der Pergamonaltar

König Eumenes II (221 – 158 v.u.Z.) von Pergamon war ein Verbündeter der damaligen Weltmacht Rom, an deren Seite er sein Königreich erheblich vergrößerte. Der Pergamonaltar verherrlicht den Kampf der olympischen Götter gegen die aufrührerischen Giganten, die als Galater, eingewanderte Keltenstämme, gedeutet werden. Ende des 19. Jahrhunderts transportierten deutsche Archäologen die Reste des Altars nach Berlin, wo er unter Einsatz der Originalfriese rekonstruiert wurde und seither zu sehen ist. Die Rekonstruktion im deutschen Kaiserreich ist ein Paradebeispiel imperialer Archäologie, die sich eines Kulturdenkmals Vorderasiens bemächtigte.

Bibliographie

- Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt a. M. 2005.
Peter Weiss, Rekonvaleszenz, Frankfurt a. M. 1991
Peter Weiss, Vorübung zum dreiteiligen Drama divina commedia, 1965, in: Rapporte, Frankfurt a. M. 1968, S. 125 – 141.

Verkaufsstellen Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

Verkaufsstellen Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D - 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.